Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 6 | Hamburg, den 7. Februar 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Der Staat und der Getreidehandel ..... Seite 105
Lothringen und Luxemburg im Wettbewerb mit Rheinland-Westfalen ..... „ 107
Der revolutionäre Streik in Argentinien ..... „ 109
Länder-Berichte:
Deutschland ..... „ 111
Österreich-ungarische Nationalstaaten ..... „ 113
Schweiz ..... „ 115
England ..... „ 116
Japan ..... „ 118
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 120
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 121
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 122
Vermischtes ..... „ 124

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet.)

Der Staat und der Getreidehandel

Keine Forderung wird heute öfter laut als, daß es keinem Mann und keiner Kraft gestattet sein dürfe, sich der Verpflichtung zur Mitarbeit am Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft zu entziehen. Wer beiseite steht oder die Arbeit verweigert, gilt als Feind des Gesamtwohls; und noch dem geringsten Kohlenhauer und Transportarbeiter wird bedeutet, daß er mit seinem Händewerk ein staatliches Amt verwaltet, von dessen Ausübung das Gedeihen aller abhängt.

Nur der Handel wird auch heute da nur selten genannt, wo die notwendigen Organe des Wirtschaftskörpers zur Mitarbeit und Mitverantwortung aufgerufen werden. Hier und dort ist der Versuch gewagt worden, die Kaufmannschaft in das starre Gestänge von Verbrauchsregelung und Produktionsherrschaft einzufügen; an anderen Stellen sind Pläne bereitgestellt, die ein Eingreifen des Kaufmanns ermöglichen sollen, sobald der internationale Handel aus den drückendsten Fesseln gelöst ist. Auf dem breiten, fürs erste wichtigsten Feld der deutschen Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln jedoch glaubte man nach dem Ausbruch der Revolution eher einen Rückschritt als einen Fortgang des Einschaltungs-Gedankens zu bemerken. Der Kaufmann befürchtet auch heute noch, daß von dem zuständigen Reichsamt seine Mitarbeit für eine unschwer entbehrliche Sache gehalten und die Ersetzung des Getreidehandels durch ein staatliches Einfuhrmonopol für wünschenswert erachtet wird.

Seit den ersten Wochen der Revolutionsregierung hat die Zentral-Einkaufsgesellschaft ihre geschäftliche Tätigkeit eingestellt. Sie war vom Reich mit dem Monopol der Getreideeinfuhr betraut worden, als die handelspolitische und marktstatistische Lage eine straffe Zentralisierung des Einfuhrhandels angezeigt erscheinen ließ. Sie hat ihre Arbeit in dem Augenblick niedergelegt, wo die von Grund auf veränderte Gesamtsituation ein Fortarbeiten in dem alten Gleise zu einem verhängnisvollen Fehler gemacht hatte. War es möglich gewesen, den Einkauf auf den engen neutralen Märkten Nord- und Mitteleuropas zu rationalisieren, indem man die Störungen ausschaltete, die aus dem Gegenüberstehen geringfügiger, schwer vermehrbarer oder durch Regierungsmaßnahmen streng begrenzter Vorräte einerseits und einer heftigen ungeregelten Nachfrage einer Vielzahl kaufkräftiger Wettbewerber andererseits entstanden waren, — so mußte es den kaufmännischen Leitern der Zentral-Einkaufsgesellschaft klar sein, daß nach Aufhebung der Blockade andere Wege beschritten werden müßten. Wenn die Struktur und die Funktionen des internationalen Getreidegeschäfts auch nur in den Grundzügen den Zuständen vor dem Kriege ähnlich sind, kann keine behördenähnliche Zentralorganisation den Handel mit sämtlichen Ländern, aus denen Deutschland Getreide bezogen hat, bei sich konzentrieren und entscheidend beeinflussen, zumal es fraglich ist, ob nicht (wenigstens für den Rest dieses Jahres) die überseeischen Vorräte die zahlungsfähige Nachfrage bei weitem übersteigen werden. Schon als die Fata morgana einer starken Ukraine-Ausfuhr am Horizont erschien, hat die Zentral-Einkaufsgesellschaft die Bildung einer Handelsorganisation versucht, die statt ihrer die Getreideeinfuhr aus Südrußland bewerkstelligen könne. Die Gründe, die diese Organisation zu keiner gedeihlichen Arbeit haben kommen lassen, sind heute noch strittig. Es genügt festzustellen, daß hier ein Versuch gemacht war, den unter günstigeren Bedingungen in verbesserter Form wiederholt zu sehen die natürliche Erwartung aller Sachverständigen gewesen ist.

Statt dessen scheint das Umgekehrte zu geschehen oder wenigstens sich vorzubereiten. Das Einfuhrmonopol der Zentral-Einkaufsgesellschaft wird beseitigt. Der Einfuhrhandel aber gerät, volkstümlich geredet, vom Regen in die Traufe. Denn die Einfuhr wird nicht irgendwelchen Handelsorganisationen, sondern den im Krieg geschaffenen behördlichen Verteilungsstellen aufgetragen: der Reichsgetreidestelle die

Einfuhr von Brotgetreide, Gerste, Hafer und Mais, der Reichsfutterstelle die Einfuhr von Futtermitteln, dem Reichsausschuß für Öle und Fette die Einfuhr von Ölsaaten usw. Diese Maßnahme des unter dem Einfluß des Unabhängigen Sozialisten Wurm stehenden Reichsernährungsamts scheint nicht nur anzuzeigen, daß sich die Gedanken des Amts in der Richtung einer dauernden Monopolisierung des Getreide- und Futtermittelhandels bewegen, sondern sie vervielfältigt auch die gegenwärtigen handelspolitischen und wirtschaftstechnischen Schwierigkeiten: die Regelung der Einfuhr der notwendigsten Lebens- und Futtermittel wird unorganisch aus dem Gesamtkomplex der dem Reichswirtschaftsamt unterstehenden Einfuhrregelung herausgelöst; auf der anderen Seite aber werden drei oder mehr Stellen mit Funktionen betraut, die mit minderem Kostenaufwand und größerem Effekt von einer einzigen auszuüben wären. Brotgetreide, Futtermittel, Ölsaaten und alle verwandten Waren haben im Frieden zum Geschäftsbetrieb aller größeren Firmen des Getreidehandels gehört. Wer eine gesonderte Handhabung des Einfuhrgeschäfts für möglich und zweckmäßig hält, scheint damit zu beweisen, daß ihm das Verständnis für die Technik des internationalen Handels ferner liegt als die Versuchung, mit der Sozialisierung der Wirtschaft an einem Punkte zu beginnen, wo das populäre Vorurteil die günstigste Atmosphäre auch für technisch unzweckmäßige Versuche zu bereiten verspricht.

Will das Reichsernährungsamt bei den verschiedenen Verteilungsstellen neue Einfuhrabteilungen schaffen? Diese Organisation würde dann nicht nur alle Kinderkrankheiten absolvieren müssen, die von der kriegswirtschaftlichen Organisation durchgemacht und überwunden worden sind: es würde auch durch das Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Stellen eine Vergeudung und Zersplitterung von Kräften möglich werden, die den wirtschaftlichen Nutzeffekt der Organisation auf das empfindlichste zu schädigen drohen. Zudem hat die Zentral-Einkaufsgesellschaft als Kriegsorganisation auf die ehrenamtliche Mitarbeit ausgezeichneter Kaufleute rechnen können, die einem staatlichen Monopol auch dann schwerlich zur Verfügung stehen werden, wenn ihre Besoldung erheblich von den für die Beamtenschaft gültigen Normen abweichen würde. Solange nicht überall der internationale Handel durch zwischenstaatliche Verträge nach Menge, Preis und Abnahmebedingungen starr geregelt ist, wird die Getreideeinfuhr zu den höchst spekulativen Geschäften gehören, deren Konjunktur nur auf Grund der intimsten und ausgebreitetsten Kenntnisse von Fachleuten beurteilt und genutzt werden kann. Ob der Vorteil, der ziffernmäßig durch die kostenersparende Ausschaltung des wimmelnden Heeres von Händlern, Agenten und Angestellten der verschiedensten Art entstehen mag, nicht durch die Mechanisierung und Erstarrung des Betriebes bei weitem aufgehoben werden muß, würde allerdings nur der Versuch erweisen können. Für Experimente ist aber heute kein Raum, wo jedes Korn, jede Mark, jede Minute der deutschen Wirtschaft unersetzbar ist.

Es wäre utopische Verblendung, wenn der Handel hoffen würde, in eben den Formen, die ihm vor dem Kriege geläufig waren, das Einfuhrgeschäft wieder aufnehmen zu können. Die Eingabe, die der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands Ende Dezember an den Staatssekretär des Reichsernährungsamts gerichtet hat, zeigt deutlich, daß die besonneneren Führer der Kaufmannschaft durchaus begriffen haben, daß Freiheit des Handels heute nicht Unumschränktheit bedeuten kann. Er muß organisatorische Garantien dafür geben, daß auf den Stand der deutschen Zahlungsbilanz und auf den Ausfall der Inlandsernten die Rücksicht genommen wird, die das Gesamtwohl verlangt, und daß die Märkte nicht durch eine überstürzte, zügellose Nachfrage deroutiert werden. Man wird nicht diese Märkte, wohl aber die deutsche Nachfrage auf ihnen beherrschen können und beherrschen müssen, wenn nicht die spekulative Überhitzung der Märkte den Wert unserer ohnehin geringen Auslandskredite auf ein Minimum reduzieren soll. In der angeführten Eingabe wird denn auch verlangt, daß die Einfuhr von Getreide und Futtermitteln solange in der Hand einer unter Reichsaufsicht stehenden Handelsorganisation bleiben soll, „bis die volle Befreiung des Verkehrs möglich und notwendig wird." Der Verband hat hierbei an die ursprünglich für den Verkehr mit der Ukraine gegründete „Handelsvereinigung" gedacht. Es wäre aber zu erwägen, ob diese Organisation nicht in mehr als einer Beziehung unabhängiger und aktionsfähiger gemacht werden kann. Es würde unseres Erachtens genügen, Selbstverwaltungsorgane des Getreidehandels ohne staatliche Kapitalbeteiligung zu schaffen, die, lokal gegliedert und nach einheitlichen Richtlinien arbeitend, vom Reich mit der Einfuhr des von den Verteilungsstellen angeforderten Getreides betraut werden können. Jeder einzelne Kaufmann müßte befugt sein, diesen Organen seine Angebote zu unterbreiten; die Auswahl wäre auf Grund des umfangreichen Offerten- und Informationsmaterials, das bei ihnen gesammelt und bearbeitet wird, zu treffen. Ob der offerierende Kaufmann als Kommissionär oder als Eigenhändler auftreten soll, ist eine nicht grundsätzlich wichtige Frage. Die Kontrolle der Preise wird durch die systematische Beobachtung der Auslandsmärkte ermöglicht werden. Vorbedingung der ganzen Regelung ist es, daß k e i n e andere Stelle als die Einfuhrhandels Organisation das Recht zur Einfuhr von Getreide besitzt, insbesondere auch keine Reichsstelle. Eine Unklarheit in diesem Punkt würde eine rationelle und folgerichtige Einkaufspolitik schlechthin unmöglich machen.

Der hier nur in den wichtigsten Punkten skizzierte Vorschlag ist eng verwandt mit Plänen, die für andere Einfuhrwaren im Reichswirtschaftsamt ausgearbeitet und zum Teil schon an dieser Stelle besprochen worden sind. Von dem Typus solcher Einfuhr-Organisationen zugunsten einer straffen Regelung abzuweichen, könnte man nur dann wünschen, wenn durch die Aufrichtung eines Regierungsmonopols die Produktivität der nationalen Wirtschaft gehoben werden könnte. Denn ein fiskalischer Gewinn, der nicht auf Grund einer Kostenersparnis gemacht werden kann, würde bei einer Einfuhrware leichter und gefahrloser in Form eines Einfuhrzolls erhoben werden. Daß aber ein Monopol (das sämtliche Getreidearten und Futtermittel umfassen müßte), niedrigere Preise erzielen würde als der Mechanismus des privaten Handels, der durch das Motiv des Eigeninteresses zur Ausnutzung aller Gewinn- und Kostensparungschancen angehalten wird, ist zum mindesten höchst problematisch. Es ist oft genug dargelegt worden, daß die Vielheit der Hände den Gewinnaufschlag nicht vergrößert, sondern nur auf eine Vielzahl von Trägern verteilt, mit der Gewinnmöglichkeit aber auch die Verlustchance. Kein Verständiger wird annehmen, daß die Organisation des Handels, die bei uns vor 1914 bestanden hat, nicht mehr verbesserungsfähig gewesen sei. Die Neuordnung unserer Wirtschaft nach dem Kriege wird auch hier fundamentale Aufgaben stellen. Daß sie auf dem Wege des Staatsmonopols gelöst werden können, erscheint mindestens so lange als die unwahrscheinlichste Lösung wie das Ausland bei den traditionellen Formen des internationalen Handels verharrt. Auch wenn die Rationierungsaktion der Westmächte für einige Zeit andauern sollte, wird man den Handel nicht entbehren können, sei es zur sachge-

mäßen Abnahme der zugewiesenen Mengen, sei es zur Aufspürung von Bezugsmöglichkeiten, die nicht im Rationierungsplan vorgesehen sind und die heut von einigen Fachkreisen als nicht unerheblich beurteilt werden.

Grundsätzlich aber ist die Frage aufzuwerfen, ob die Zersplitterung des Reichswillens so weit gedeihen darf, daß die gleichen wirtschaftlichen Organisationsaufgaben von primärer Bedeutung zwei und mehr Reichsämtern übertragen werden. Die Abtrennung der Ernährungsfragen von dem früheren Reichsamt des Innern war eine Notlösung, die mit der Überlastung und der fehlenden Beweglichkeit des früheren Reichsamts begründet werden mag. Es besteht keine Veranlassung, die Trennung fortbestehen zu lassen, nachdem jene Mängel behoben worden sind. Eine einheitltche Wirtschaftspolitik wird unmöglich gemacht, wenn neben dem Reichswirtschaftsamt und dem an der Regelung der fraglichen Gegenstände mitbeteiligten Reichsschatzamt und Reichsarbeitsamts ein viertes Staatssekretariat besteht, das über die Ernährungswirtschaft selbständig entscheiden kann, obwohl die Ernährungsfragen, sowohl was die Einfuhr wie die heimische Produktion und die obersten Normen der Verbrauchsregelung betrifft, nicht aus dem Komplex der allgemeinen Wirtschaftspolitik gesondert werden können. Soweit Verteilungsaufgaben zu lösen sind, können die zuständigen Reichsstellen diese Funktionen unter einheitlicher Leitung weiterüben; mit keiner größeren und keiner geringeren Bewegungsfreiheit als etwa die Reichsbank auf ihrem Feld. Die Entscheidungen über die wirtschaftspolitischen Grundfragen des Ernährungswesens aber müssen wieder in die Hände des Amtes gelegt werden, das die Verantwortung für den Aufbau der Gesamtwirtschaft zu tragen hat.

Kurt Singer

Lothringen und Luxemburg im Wettbewerb mit Rheinland-Westfalen

Durch die Besetzung Elsaß-Lothringens und des linken Rheinufers und die Absperrung der linksrheinischen Industriebezirke droht unserer westdeutschen Industrie der Zusammenbruch, wenn nicht die Absperrung gewisse Milderungen erfährt, und ein Verkehr wenigstens in beschränktem Umfange wieder stattfinden kann. U. a. sind die Siegerländer Stahl- und Walzwerke von ihrem Brennstoffbezug aus dem linksrheinischen Braunkohlengebiet, sowie von ihren Halbzeuglieferanten an der Saar und Mosel abgeschnitten und müssen deshalb schon seit längerer Zeit stilliegen. Die industriellen Werke im Ruhrbezirk können aus ihren Gruben in Lothringen und Luxemburg die erforderlichen Erze nicht erlangen, und da außerdem die schwedischen Erzlieferungen durch die englische Blockade erschwert sind, so droht auch diesen Werken Stillstand, sobald die noch vorhandenen Erzvorräte aufgebraucht sein werden. Auch mit der Brennstoffversorgung wird es bei den Werken, die nicht über eigene Kohlen verfügen, immer mißlicher, denn der Kohlenmangel verursacht bei ihnen erhebliche Betriebsstörungen. Unsere Kohlenförderung basiert auf den Gruben des rechtsrheinischen Ruhrbezirks, während die linksrheinischen Kohlenfelder zurzeit nicht mehr in Betracht kommen. Dauert die Besetzung längere Jahre, so wird unsere industrielle Stellung bereits dermaßen untergraben, daß wir als Kohlen und Eisen produzierendes Land aus der bisher eingenommen Vormachtstellung vollständig verdrängt und mit unserer Produktion voraussichtlichvon der 2. an die 4. Stelle zurückgeworfen werden.

Auf die Minetteerze Lothringens gründete sich die Weltstellung unserer Eisen- und Stahlindustrie in den letzten 20 Jahren. Sie ermöglichten erst die Massenproduktion in der Stahlbereitung, die ihrerseits wiederum erst mit der Einführung des Thomasprozesses Anfang der 80er Jahre möglich geworden war. Erst durch das Thomasverfahren konnte die phosphorreiche Minette entphosphort und für die Stahlerzeugung in großem Maßstabe herangezogen werden. Erst von diesem Zeitpunkt ab hat sich in Lothringen Ende der 80er Jahre eine moderne und leistungsfähige Hütten- und Walzwerksindustrie entwickelt, die mit in erster Reihe dazu beigetragen hat, die deutsche Stellung auf dem Weltmarkt zu begründen. Auf den Erzen Lothringens baut sich somit unsere Thomasstahlerzeugung auf, die im Frieden etwa 60 % unserer gesamten Stahlerzeugung ausmachte. In Lothringen fördern wir 73,8 % unserer gesamten einheimischen Erze. Den Verlust Elsaß-Lothringens wird unsere Eisenindustrie nicht verschmerzen können, denn durch ihn wird ihr die Erzbasis entzogen, auf der sie sich bisher aufgebaut hat.

Das reiche Erzvorkommen in Lothringen hat eine große Anziehungskraft auf die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ausgeübt und sie bestimmt, ihre Roheisen- und Stahlerzeugung mehr und mehr nach dem lothringischen Minettebezirk zu verlegen, wobei bemerkenswert ist, daß auch die Saarwerke, trotz der geringen örtlichen Entfernung, diesem Zuge folgten und Hochöfen in Lothringen errichteten, um dort ihre Erze verhütten zu können. Es befanden sich vor dem Kriege in Lothringen rund 65 Hochöfen in Betrieb, die eine Erzeugung von rund 3,9 Mill. t Roheisen hatten und damit gerade 20 % der gesamten deutschen Roheisenerzeugung auf sich vereinigten.

Mit Ausnahme der de Wendelwerke und der Vereinigten Stahlwerke Burbach-Eich-Düdelingen sind die gesamten lothringisch-luxemburgischen Werke mit deutschem Kapital fundiert und in deutschem Besitz. Das investierte Kapital läßt sich nur schätzungsweise angeben. Es dürfte sich auf 500 — 600 Mill. ℳ belaufen, wobei die Grubengerechtsame nicht überall berücksichtigt sind. Neben diesen bestehenden Hüttenwerken hatten die Gutehoffnungshütte in Monhofen bei Diedenhofen und die Firma Krupp in Woippy bei Metz bereits große Geländekäufe gemacht, um Hüttenwerke dort zu errichten und ihren dort befindlichen Erzbesitz auf direktem Wege ausbeuten zu können. Auch an dem Erzvorkommen Lothringens ist die deutsche Industrie in erheblichem Maße beteiligt. Von den etwa 4200 Hektar umfassenden Erzfeldern entfallen:

1.	Auf die Gruppe de Wendel, Burbach-Eich-Düdelingen	15 462	Hektar
2.	Auf die Gruppe Später, Rombach	3 235	„
3.	„ „ „ Stumm	4 575	„
4.	„ „ „ Röchling	1 350	„
5.	„ „ „ Thyssen (Deutscher Kaiser)	3 784	„
6.	„ „ „ Gelsenkirchen	1 546	„
7.	„ „ „ Gutehoffnungshütte, Phönix	3 800	„
8.	„ „ „ Lothr. Hüttenverein	1 016	„
9.	„ „ „ Deutsch.Luxemburg	975	„
10.	„ „ „ Rhein. Stahlwerke	553	„
11.	„ „ „ Krupp	580	„
12.	„ „ „ Hoesch (mit Phoenix, Klöckner)	581	„
13.	Auf die Gruppe Bochumer Verein	203	„

Es befinden sich demnach 22 198 Hektar in deutschem Besitz, während 15 462 Hektar im Besitz der franz.-luxemburgischen Gruppe de Wendel-Düdelingen sind. Die restlichen rund 4000 Hektar befinden sich im Besitz verschiedener französischer Hütten und kleinerer Gewerkschaften.

Von den etwa 2038 Hektar umfassenden luxemburgischen Minette-Konzessionen befinden sich nur geringe Flächen in deutschem Besitz und zwar besitzt

Deutsch-Luxemburg	ca. 190	Hektar
Gelsenkirchener	„ 135	„
Felten-Guilleaume	„ 50	„
Phönix und Gutehoffnungshütte	„ 52	„
zus.	ca. 427	Hektar

Unberücksichtigt sind dabei allerdings geblieben ca. 600 Hektar luxemburgische Staatskonzessionen, die s. Zt. anteilig auf die einheimisch-luxemburgischen Werke verteilt wurden, an denen Gelsenkirchen und Differdingen ebenfalls beteiligt sind.

Die deutsche Industrie ist aber außerdem auch an den auf der französischen Seite befindlichen Konzessionen stark beteiligt. So gehören die allerdings noch unaufgeschlossenen Felder Jouaville und Batilly zu erheblichem Teile der Firma Thyssen. Außerdem sind deutsche Werke an den Feldern von Jarny', Valleroy, Moutiers und Murville, Tucquegnieux, Errouville beteiligt. Die Förderung aus diesen Feldern stellte sich 1913 auf 3,3 Mill. Tonnen. Es ist bekannt, daß nach der französischen Seite hin die Minette wesentlich eisenhaltiger ist, als in Lothringen, daß die größeren deutschen Hütten deshalb in den letzten Jahren ihren Besitz auf der französischen Seite zu erweitern suchten und die Einfuhr französischer Erze in den letzten Jahren vor dem Kriege ganz erheblich gestiegen ist. Während sie 1908 920 000 t betrug stieg sie 1915 auf rund 3,8 Mill. t. Außerdem hatten deutsche Hüttenwerke — Thyssen und Phönix — in der Normandie große Konzessionen auf Erze erworben. Die Firma Thyssen hatte auch gemeinsam mit französischen Kapitalisten eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der Konzessionen gegründet und ein Hüttenwerk daselbst gebaut.

Die deutsche Industrie belieferte von ihrem lothringischen Besitz nicht nur ihre rheinisch-westfälischen Niederlassungen mit Erzen, sondern versorgte auch ganz Süd- und Mitteldeutschland mit billigem Roheisen und Halbzeug, auf dessen Bezug namentlich das Siegerland angewiesen war. Bereits 1910 stellten sich diese Bezüge auf ca. 1½ Mill. t Roheisen und 5—600 000 t Halbzeug.

Mit der evtl. Einverleibung Elsaß-Lothringens in Frankreich würden wir statt der 19 3 Mill. t betragenden Roheisenerzeugung im höchsten Falle 12.9 Mill. t produzieren können, vorausgesetzt, daß wir die uns fehlenden Eisenerze aus dem Auslande beschaffen könnten. Unsere Rohstahlerzeugung würde ebenso statt 19 Mill. t nur 15 3 Mill. t ausmachen, also ca. 20 % geringer sein. Mit dieser Produktionsverringerung würde man sich unter Umständen noch abfinden können, wenn die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten bliebe; aber gerade sie erscheint gefährdet, denn das Schlimmste ist, daß unsere eigenen in Lothringen und Luxemburg errichteten modernen Hüttenwerke mit ihrer großen Produktion uns auf dem Weltmarkt die erdrückendste Konkurrenz bereiten werden. Die Anlagen sind alle neueren Datums mit modernsten Einrichtungen ausgestattet, und was die Massenerzeugung betrifft, bei weitem leistungsfähiger als unsere rheinisch-westfälischen Hüttenanlagen. Die nach Deutschland hin mutmaßlich kommenden Zollschranken werden ihnen die Lieferungen nach ihren bisherigen süddeutschen Absatzgebieten erschweren. Mehr noch als bisher werden sie mit ihrer Erzeugung auf den Auslandmarkt angewiesen sein, den sie in Verbindung mit den französisch-belgischen Werken beherrschen werden. Bekanntlich ist auf der französischen Seite in Longwy-Briey-Becken ebenfalls eine leistungsfähige Eisenindustrie entstanden, die ihre Produktion wie die lothringisch-luxemburgische auf den Weltmarkt bringen muß. So erwächst uns durch die Vereinigung der drei Minettebezirke von Deutsch- und Französisch-Lothringen und Luxemburg voraussichtlich eine erdrückende Konkurrenz, deren Überlegenheit aber nicht nur auf der starken produktiven Leistungsfähigkeit, sondern vornehmlich auf den billigeren Herstellungskosten beruht. Bei der Frage der Saar- und Moselkanalisierung wurde s. Zt. festgestellt, daß das lothr. Roheisen um 12—15 Mk. die Tonne billiger hergestellt werden kann, als das rheinisch-weltfälische. Für die Ausfuhr besteht außerdem kein zu hoher Frachtsatz über Antwerpen, der infolge der ermäßigten belgischen Eisenbahntarife sich kaum höher als die Wasserfracht über den Rhein stellt und ungefähr 6 Mk. die Tonne beträgt. Wenn die französischen Kanalpläne nach Dünkirchen verwirklicht werden sollten, so würde dem ganzen Minettebezirk auch der Wasserweg für die Ausfuhr zur Verfügung stehen und seine Konkurrenzfähigkeit noch weiter gesteigert werden.

In welcher Weise ein unter französischer Herrschaft stehender Industriebezirk von Longwy und Briey, Deutsch-Lothringen, Luxemburg und dem anschließenden Teil von Belgien dem rheinisch-westfälischen in Bezug auf die Produktion überlegen ist, geht aus folgenden Ziffern hervor; dabei soll der Saarbezirk für die Gegenseite noch ganz unberücksichtigt bleiben, obwohl seine Losreißung von Deutschland nach den französischen Kammerverhandlungen offenbar beabsichtigt ist.

Es produzierten:	Eisenerze 1913
Lothringen	21 133 676 t
Luxemburg	7 331 050 t
Nancy-, Longwy- und Briey-Becken	19 499 130 t
Das übrige Frankreich (Normandie)	2 215 000 t
Belgien	200 000 t
zus.	50 378 856 t

Mit dieser Erzförderung wird Frankreich-Belgien an zweiter Stelle in der Welt stehen und nur von Amerika übertroffen werden, das 60 Mill. t produziert. Deutschland wird dagegen von der bisher zweiten Stelle auf die sechste Stelle herabsinken, da es noch kaum 7 Mill. t produzieren wird. Die geförderten Erze werden allerdings kaum alle im Bezirk verhüttet werden können, da die Roheisenerzeugung noch nicht in dem Maße entwickelt ist.

Es wurden bisher erzeugt:	Roheisen 1913
in Frankreich	5 122 091 t
in Lothringen	3 869 866 t
in Luxemburg	2 547 861 t
in Belgien	2 476 530 t
zus.	14 016 348 t

Zur Herstellung dieser 14 Mill. t Roheisen sind bei durchschnittlich 30 % Eisengehalt etwa 45 Mill. t Erze erforderlich; es blieb also ein Überschuß von 5 Mill. t. Bisher wurden von Frankreich etwa 10 Mill. t ausgeführt. Davon gingen rund 4 Mill. t nach Deutschland, 4,8 Mill. t nach Belgien. Lothringen-Luxemburg verhüttete von seinen 28 464 726 t rund 20 Mill. t selber und führte nach der Saar und der Ruhr 6,5 Mill. t, nach Belgien 1,7 Mill. t und nach Frankreich rund 800 000 t aus. Der rheinisch westfälische Industriebezirk hat aus dem deutschen und französischen Erzbezirk rund 5 Mill. t Erze bisher bezogen. Das ist bei der 8 Mill. t betragenden Roheisenerzeugung nicht allzuviel und stellt etwa 25 % des gesamten Erzverbrauchs dar. Es darf aber nicht übersehen werden, daß große rheinisch-westfälische Hüttenbetriebe wie Thyssen, Gelsenkirchen ihre Erze nicht nach der Ruhr beziehen, sondern an Ort und Stelle verhütten. An der Ruhr dominierte bisher

das schwedische und spanische Erz. Hoffentlich bleiben diese Bezugsquellen in der Zukunft offen, um Ersatz für die evtl. ausfallende französisch-deutsche Minette zu schaffen.

Was hat nun gegenüber diesem in Zukunft französischem Einfluß unterliegenden Industriebezirk der rheinisch-westfälische Industriebezirk aufzuweisen? Lediglich seinen älteren Bestand, seine anerkannte Qualität und seine etwas günstigere Lage zum offenen Meer für die Ausfuhr. Alle drei Gesichtspunkte würden aber kaum einen Ausgleich für die starke Erzbasis und die billigeren Herstellungskosten bieten. Lediglich die Kohle kann als Gegengewicht in die Wagschale geworfen werden. Ihre vorzügliche Eignung für die Koksbereitung machte sie dem französischen Industriebezirk bisher schon unentbehrlich. Für die Herstellung von 14 Mill. t Roheisen sind etwa 17—18 Mill. t Koks erforderlich. Frankreich fördert jährlich etwa 40 Mill. t Kohlen (bei 63 Mill. t Verbrauch) und erzeugt ca. 3 Mill. t Koks. Belgiens Kohlenförderung beträgt 23 Mill. t, und seine Kokserzeugung stellt sich auf 3,5 Mill. t. Ohne westfälischen Koks kann also der nachmals französische Eisenindustriebezirk nicht auskommen, und diese Tatsache bildet den einzigen Lichtpunkt. Der rheinisch-westfälische Industriebezirk besitzt keine Erze, von den etwa 3 Mill. t jährlich geförderten Siegerländer und Nassauer Erzen abgesehen. Aber er erzeugt 115 Mill. t Kohlen und 30 Mill. t Koks auf Grund deren bisher er 8,2 Mill. t Roheisen und 10 Mill. t Stahl herstellte, wozu er 3,3 Mill. t deutscher Minetteerze, 1,5 Mill. t französischer Minetteerze, 3,7 Mill. t schwedischer und 3,1 Mill. t spanischer Erze u. a. verbrauchte. Der Koks bildet ein Druckmittel, um diesen Erzbezug sicherzustellen.

Die Förderung der lothringischen Steinkohlengruben ist noch stark in der Entwicklung begriffen und in den letzten 10 Jahren um mehr als das Doppelte (ca. 250 %) gestiegen. Das Vorkommen muß ein ziemlich ausgedehntes sein und starken Kohlenreichtum enthalten. Im Grubenfeld der Saar- und Mosel-Bergwerks-Gesellschaft, das ca. 80 Normalfelder mit je 2 Mill. qm umfaßt, soll z. B. weit über seine Marktscheide hinaus Kohle erbohrt worden sein. Es ist nach fachmännischer Berechnung anzunehmen, daß die Fettkohlenpartie die Gerechtsame in ihrer ganzen Ausdehnung durchzieht und daß bei 20 m Mächtigkeit der Lagerung in der Gerechtsame der Saar-Mosel-Gesellschaft ca. 3,2 Milliarden t Kohlen anstehen. Der Kohlenbergbau Lothringens dürfte also noch eine recht aussichtsreiche Zukunft haben. Die Fördermengen wurden bisher zu einem großen Teil in Elsaß Lothringen selbst verarbeitet. Im Jahr 1913 verteilte sich der Gesamtversand mit rund 1,5 Mill. t auf Elsaß Lothringen, mit 1,2 Mill. t auf Süddeutschland, mit 230 000 t auf die Schweiz, mit 500 000 t auf Frankreich. Kleinere Mengen gingen noch nach Luxemburg, Österreich und Italien. Die Gesamtbelegschaft der 4 Bergwerke betrug etwa 17 000 Mann.

Hans Wehrum, Essen-Bredeney

Der revolutionäre Streik in Argentinien

Argentinien ist von der Unruhe und Unrast, die unserer Zeit eigen ist, nicht verschont geblieben. So glücklich auch die Regierung des Präsidenten Irigoyon in ihrem energischen Bestreben gewesen ist, die Wirrnisse des Weltkrieges von dem Lande fern zu halten, wie wirksam sie auch — gegen nicht geringe Widerstände — die strikte Neutralität aufrecht erhalten hat, Argentinien völlig vor den mittelbaren Wirkungen des Weltkrieges zu bewahren, gelang ihr nicht und konnte ihr auch nicht gelingen. Ententefreunde und Parteigänger der Mittelmächte standen sich in der Republik während der ganzen Kriegszeit gegenüber, und wenn auch der Kampf, den sie untereinander ausfochten, ein Kampf der Feder war, so schaffte er doch eine unerquickliche Spannung, die sich vor kurzem erst anläßlich der Feiern des Ententesieges in Buenos Aires in blutigen Zusammenstößen lösen sollte.

Kaum ist nun das öffentliche Leben wieder in seine normalen Bahnen zurückgeebt, schon wird der ruhige Gang der Dinge wieder empfindlich gestört und zwar in einer Weise gestört, wie sie das Land seit der letzten Revolution, die ihrerseits nur noch eine Reminiscenz an vergangene Zeiten bildete, nicht mehr erlebt hat. Die Welle der dem Völkerkonflikt auf dem Fuße folgenden Bewegung politischer und sozialer Revolution, des revolutionären Streiks, die mehr oder weniger jedes Land erreicht, hat auch den weiten Weg über den Atlantik gefunden. In der ersten und zweiten Woche des vergangenen Monats kam es in Buenos Aires zu ernsten Vorgängen. Anfang Januar traten Arbeiter der am Hafen gelegenen English Ironworks Co. in den Ausstand, terrorisierten Arbeitswillige und gerieten mit der Polizei in einen Konflikt, der fünf Tote und 20 Verletzte kostete. Die Gewerkschaften antworteten auf diese blutigen Ereignisse am 10. Jan. mit der Erklärung des Generalstreiks für die ganze Republik; eine nervöse Spannung trat ein, und bei der Beerdigung der gefallenen Metallarbeiter kam es zu Angriffen der Demonstranten gegen die Polizei, gegen öffentliche Gebäude, wie das Institut de Jésus, das in Brand gesetzt wurde, wobei verschiedene Priester ums Leben kamen, und endlich zu Straßenkämpfen zwischen den Aufrührern und den von der Regierung herangezogenen Truppen und Marinemannschaften. Der öffentliche Verkehr ruhte, das Wirtschaftsleben in der Stadt stockte, die Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein, Straßenbahnwagen wurden in Brand gesetzt, die Kirche Sacré Coeur wurde geplündert, Waffenlager wurden ausgeraubt und das Kloster der Dominikaner kam in Gefahr, erstürmt zu werden, der Versuch, das Gebäude der englischen Handelskammer nach erfolgloser vierzehnstündiger Belagerung zu nehmen und in Brand zu stecken, wurde unternommen, jedoch vereitelt. Raub und Plünderung bedrohten Leben und Eigentum. Kurz es herrschte am 11. und 12. Januar jener anarchistische Zustand, den man in Europa ja zur Genüge kennengelernt hat. So plötzlich und heftig die Bewegung entstanden war und sich verbreitet hatte, so schnell wurde sie auch unterdrückt. General Dellepiane, der die Verteidigung der öffentlichen Ordnung übernommen und seine Truppen inzwischen auf 10 000 Mann verstärkt hatte, verbot die Versammlung der Gewerkschaften, verstärkte die Polizeiposten mit Truppen und traf weitere umfassende Maßregeln mit dem Erfolg, daß schon am 13. die Ordnung wiederhergestellt war. Die Gewerkschaften verständigten sich durch eine Kommission mit dem Polizeipräfekten und erklärten sich bereit, die Arbeit, wenn die während der Unruhen verhafteten Arbeiter freigelassen würden, wieder aufzunehmen. Gleichzeitig erklärte sich der Industrielle Vasena — soviel wir wissen, Hauptaktionär der englischen Eisenwerke — bereit, die Vorschläge der Arbeiter anzunehmen. Damit wurde der Generalstreik als beendet erklärt, die Warenhäuser öffneten wieder ihre Pforten und die Straßenbahnen nahmen den Betrieb wieder auf. Um eine Handhabe zu schaffen, ähnliche Bewegungen in der Provinz, wo es stellenweise ebenfalls kriselte, im Keime ersticken zu können, sanktionierte am gleichen Tage jedoch

noch die Kammer den Vorschlag der Regierung, mit augenblicklicher Wirkung den Belagerungszustand über das ganze Gebiet der Republik zu verhängen.

Die Plötzlichkeit und Heftigkeit der Ereignisse, die nach offenbar übertriebenen Schätzungen 600 Tote, nach den Angaben des Kommandos der Regierungstruppen jedoch nur 250 Tote und 700 Verwundete gekostet haben, mußte berechtigtes Aufsehen erregen. Die deutsche Presse brachte ihre Meldungen darüber unter der Stichmarke des Bolschewismus. Sie hat damit einen sicheren Instinkt bewiesen. Es stellte sich schon in den ersten Tagen des Aufruhrs heraus, daß sich unter den Verhafteten verschiedene russische Agitatoren befanden. In Montevideo, der Hauptstadt der Nachbarrepublik, wurden vier Russen verhaftet, die gestanden haben sollen, die Führer eines Komplotts zu sein, das beabsichtigte, sowohl die uruguayische als auch die argentinische Regierung zu stürzen und an deren Stelle einen Sowjet zu errichten. Aber auch in Buenos Aires selber haben russische Revolutionäre und Anarchisten ihre Hand im Spiele gehabt. Es ergab sich, daß 80 % der während der Unruhen verhafteten Personen russischer Nationalität waren, was zu der Bevölkerungszahl der Russen in Buenos Aires einen ganz anormalen Satz darstellt, daß sich ferner darunter Abgesandte des russischen Generalsowjets befanden, die mit der Mission beauftragt worden waren, die soziale Revolution in Argentinien durchzuführen. Anstelle der jetzigen Regierung der Republik hätten die Russen lieber die folgende gesehen: Präsident der Sowjets in der argentinischen Republik: Peter Wald, Polizeipräfekt: Johann Selestuk, Generalsekretär: Sergius Suslof. Die russischen Bolschewisten, verstärkt durch Studenten, spanische und argentinische Anarchisten, sollten in Stärke von 4000 Mann sich der Hauptstadt bemächtigen. Wenn man diesen Tatsachen die weitere hinzufügt, daß eine Arbeiterabordnung erklärt hat, die eigentlichen Streikenden hätten sich nicht an den Angriffen gegen die Polizeiposten beteiligt, sondern daß diese nur von Fremden erfolgt seien, wird es klar, daß die Streikbewegung durch fremde Elemente, und zwar besonders russische, ihren revolutionären und blutigen Charakter angenommen hat. Diese Annahme wird um so wahrscheinlicher, als die Truppen und die Marine sich nicht mit den Aufrührern verbrüdert haben.

Der Versuch des Bolschewismus, seine alleinseligmachende Theorie von der Newa an die Ufer des Rio de La Plata zu verpflanzen, ist nun als mißlungen zu betrachten. Wie jedoch steht es mit der Zukunft? Werden sich die Ereignisse wiederholen, nicht nur die argentinische Wirtschaft, sondern auch die fremden Kapitalsanlagen bedrohen?

Die Wahrscheinlichkeit dafür ist äußerst gering. Wenn ein Land für den Bolschewismus ungeeignet ist, so dürfte das die argentinische Republik sein. Es fehlt dort erstens an einem starken industriellen Arbeiterproletariat, ferner an jenem Pauperismus, der wesentlich ein Produkt europäischer Wirtschaft ist, es fehlen auch alle jenen politischen Voraussetzungen, die im zaristischen Rußland der Anarchie den Boden bereiteten. Statt einer absolutistischen Verfassung dort, in Argentinien seit mehreren Menschenaltern schon ein durchaus demokratisches Staatsgrundgesetz, statt einer bedrückten Lage der Landbevölkerung in Rußland, in Argentinien die Möglichkeit, für jeden Arbeiter in verhältnismäßig kurzer Frist selbst zum Unternehmer, Arbeitgeber und besonders Landbesitzer aufzurücken.

Wenn trotzdem während der letzten Jahre besonders vereinzelt anarchistische Tendenzen zu verzeichnen gewesen sind, so waren diese nicht eigentlich auf argentinischem Boden gediehen, sondern aus Spanien und Italien eingeschleppt worden, von wo besonders nach der roten Woche von Barcelona sich Propagandisten der Tat nach Buenos Aires als Zufluchtsort gewandt hatten. Zu diesen Elementen, die gemeinsam mit den hunderttausenden arbeitswilliger und arbeitsamer Landleute, für die Argentinien oft eine Quelle des Wohlstands geworden ist, einwanderten, haben sich in letzter Zeit zahlreiche Russen gesellt, und zwar nicht nur wie früher Kolonisten, sondern auch politisch interessierte Elemente, die, ebenso wie aus Rußland abgewandertes Kapital, in der Republik Schutz suchten. Auf das Konto der Russen, Spanier und Italiener also fällt die Verantwortung für anarchistische Zwischenfälle, von denen der letzte der weitaus verhängnisvollste gewesen ist.

Ebenso wie bei früheren Gewaltstreichen hat die Regierung auch dieses Mal durch energisches Zugreifen die Situation gerettet. General Dellepiane ließ alle rußischen Agitatoren, deren er habhaft werden konnte, auf einem argentinischen Kriegsschiff internieren, von wo sie jedenfalls, wenn möglich, in ihre Heimat abgeschoben werden dürften.

Bislang mangelt es Argentinien an einer gesetzlichen Handhabe, um sich, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Beispiel, der Anarchisten zu erwehren. Das sogenannte Ley de Residencia von 1903 reicht für die Zwecke nicht ganz aus, da es nur die Möglichkeit bietet, Elemente, die die öffentliche Ruhe stören, auszuweisen, ohne jedoch ihren Zutritt unmöglich zu machen. Gewiß läßt sich dieses Gesetz auch auf die Einwanderer anwenden, wenn die Polizei mit der Einwanderungsbehörde Hand in Hand arbeitet und von der Ankunft unbequemer Gäste rechtzeitig avisiert wird, um dann sogleich das Gesetz auf sie anzuwenden. Bessere Garantien als dieses Verfahren, das wenig angenehme Nebenerscheinungen zeitigen muß, dürfte eine klare Bestimmung in der Einwanderungsgesetzgebung bieten. An Vorschlägen über den Gegenstand hat es nicht gefehlt. Soviel uns bekannt ist, wurde jedoch noch keiner verwirklicht. Es ist jedoch anzunehmen, daß in Zukunft stärkere Kautelen geschaffen werden, um den Zuzug anarchistischer Elemente zu unterbinden.

Schwieriger wird es ihr sein, der von der anarchistischen Bewegung wohl zu scheidenden Streikbewegung Herr zu werden, die, wenn auch ohne eigentlich staatsumstürzende Tendenzen und auch nicht auf soziale Umwälzungen abzielend, doch, wie die letzten Ereignisse gezeigt haben, revolutionären Zwischenfällen den Boden bereiten.

Auch für Streiks bietet Argentinien an und für sich ein wenig geeignetes Feld. Fehlt es doch, wie schon gesagt, an einer Industrie im europäischen und amerikanischen Sinne, und ist doch erst der Ansatz für die Bildung von Arbeitergewerkschaften vorhanden. Außerdem sind bei den hohen Löhnen und den relativ niedrigen Preisen der wichtigsten Nahrungsmittel die Verhältnisse der Arbeiter günstig. Auch hier sind es wieder spanische und italienische Einwanderer gewesen, die den Streik als Kampfmittel propagiert haben. Als politische Partei spielen die Sozialisten noch keine bedeutende Rolle. Bei den letzten Wahlen erhielten sie nur 14 Stimmen, standen also einer überwältigenden Mehrheit der Radikalen, Demokraten und Konservativen mit zusammen 158 Stimmen gegenüber. Solange sich die Streiks nur als wirtschaftliche Kampfmittel der Arbeitnehmer darstellen, fällt es der Regierung auch nicht ein, dagegen einzuschreiten. Von einer Unterdrückung der Arbeiterbewegung kann in Argentinien keine Rede sein. Im Gegenteil hat die Regierung Irigoyen sogar während der letzten Eisenbahnerausstände eher die Partei der Arbeiter als die der Unternehmer ergriffen. Trotzdem bleibt ihr noch manche Aufgabe zu lösen. Die Sozialpolitik steckt erst in den Kinderschuhen. Außer einer

freiwilligen Arbeitsunfallversicherung, außer Bestimmungen über die Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit sind keine nennenswerten sozialen Gesetze vorhanden, und so segensreich auch die Tätigkeit des nationalen Arbeitsamtes gewesen ist, so fehlt es doch noch an gesetzlichen Handhaben, die geeignet sind, die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern auszugleichen. Wenn die Regierung jedoch auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortschreitet, dürfte sie auch der sozialen Frage jenen Charakter nehmen, der eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und der ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung bedeutet.

Die Stellung der Regierung ist entgegen den Andeutungen der „Times“ unerschüttert. Wie schon gelegentlich der Unruhen im November hat sich auch diesmal wieder gezeigt, wie stark die Anhänger Irigoyens sind, die bei Ausbruch der Bewegung sich zur Verteidigung zusammenschlossen. Der Präsident selber hat, wie eine Drahtmeldung besagt, jedes Blutvergießen und das Einschreiten der Truppen durchaus vermeiden wollen. Es scheint, als ob General Dellepiane aus eigener Initiative die Führerrolle übernommen hat und anstelle des uneinigen und zögernden Ministeriums die Verteidigung der Regierung gegen die Anarchisten organisierte, dann jedoch innerhalb der verfassungsmäßigen Kompetenzen gehandelt hat.

Dr. B. Stichel

Deutschland

Die Privatangestellten und ihre Organisation

Die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse zwingen auch die Privatangestellten zu neuer Stellungnahme. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind die bereits im Laufe der letzten Jahre immer mehr angewachsenen radikalen Tendenzen weiter verstärkt worden. Die gewerkschaftliche Richtung innerhalb der Angestelltenschaft, die ihr Heil im Kampf gegen das Kapital erblickt, hat die Oberhand gewonnen. Endlich ist die Tendenz zu weiterer Zentralisation zu beobachten.

Ein Überblick über die Lage der Privatangestellten vor Ausbruch der Revolution muß im gegenwärtigen Augenblick sehr erwünscht erscheinen. Wir entnehmen die folgenden Angaben einer Schrift von A. Heinrichsbauer, „Die Privatangestellten der Großbetriebe und ihre Organisation“, Essen, 1918.

Die Berufszählungen für das Deutsche Reich ergaben für die Privatangestellten:

		männl.	weibl.	zus.
i. d. Landwirtschaft ...	1882	60 763	5 881	66 644
„ „ „ ...	1895	78 066	18 107	96 173
„ „ „ ...	1907	82 548	16 264	98 812
„ „ Industrie	1882	96 807	2 269	99 076
„ „ „	1895	254 421	9 324	263 745
„ „ „	1907	622 071	63 936	686 007
im Handel und Verkehr	1882	138 387	3 161	141 548
„ „ „ „	1895	249 920	11 987	261 907
„ „ „ „	1907	426 220	79 689	505 909
zusammen...	1882	295 957	1 311	307 268
	1895	582 407	39 418	621 825
	1907	1 130 839	159 883	1 290 728

Dazu kommen noch andere Kategorien Angestellter, die aus dem engeren Begriff „Privatangestellter“ mehr oder weniger herausfallen, nämlich: Verkäufer, Ladengehilfen usw. (1907 481 469), leitende Beamte (1907 140 176) und Privatangestellte in freien Berufen (schätzungsweise 1907 rund 100 000). Unter Hinzuzählung auch dieser und der von der Statistik nicht erfaßten Personen ergibt sich als Gesamtzahl aller Angestellten:

1882 rund 400 000
1895 „ 1 100 000
1907 „ 2 000 000

Diese Zahlen zeigen ein rasches Wachstum, wie auch aus folgenden Verhältniszahlen hervorgeht. Angestellte überhaupt waren von je 100 Berufstätigen 1882 1,9 v. H., 1895 3,3 v. H., 1907 5,9 v. H. Besonders deutlich wird die Steigerung des Anteils der Angestellten, wenn man ihn in Vergleich setzt zu dem der Arbeitgeber und der Arbeiter:

	1882	1895	1907
Prozentsatz der Selbstständigen unter den Berufstätigen	25,55 v. H.	22,64 v. H.	17,31 v. H.
Absolute Steigerung ..	100 „ „	107 „ „	108 „ „
Prozentsatz d. Arbeiter unter den Berufstätigen	56,2 „ „	56 „ „	60 „ „
Absolute Steigerung ..	100 „ „	120 „ „	165 „ „
Absolute Steigerung d. Zahl d. Angestellten	100 „ „	202 „ „	420 „ „

In der Industrie war das Wachstum besonders auffällig. Während sich in dieser Gruppe die Zahl der Arbeiter von 1882 bis 1907 nur um 170 v. H., die der Selbständigen gar nur um 45 v. H. vermehrte, wuchs die der Angestellten in demselben Zeitraum um über 250 v. H. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten verschiebt sich ständig zugunsten der letzteren. Es entfielen Arbeiter auf einen Angestellten:

	in Gewerbe u. Industrie	im Handel u. Verkehr
1882	41,4	5,2
1895	22,6	4,7
1907	12,5	3,9

Durch diese Entwicklung ist die Stellung der Angestellten in der Produktion und ihr Verhältnis zu den anderen Berufen immer wichtiger und ausschlaggebender geworden. Es ist zu erwarten, daß sich die Verhältnisse in Zukunft noch weiter zu ihren Gunsten verschieben. Die immer komplizierter werdende Organisation der Großbetriebe, die Mechanisierung der Werke, die schärfste Kalkulation und Kontrolle, die Versuche, die Intensität der Betriebsweise zu steigern (Taylor-System), der Ausbau der Verkaufseinrichtungen usw. erfordern eine immer größere Zahl von Angestellten. Demgegenüber kommt die geringe Ersparnis an Kräften, die unter Umständen durch Zusammenlegung und Verschmelzung von mehreren Betrieben erfolgen kann, nicht mehr in Betracht.

Das über das Einkommen der Angestellten vorhandene Material ist sehr dürftig. Rein amtliche Feststellungen liegen nur von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vor. Die erste stammt aus dem Jahre 1913. Sie erstreckt sich auf rund 1,5 Mill. Versicherte. Nach ihr bezogen von den männlichen Angestellten als Jahreseinkommen

bis 2 000 ℳ ..... 58,3 v. H.
von 2 001—5 000 ℳ ..... 40,1 „ „
„ 5 001—8 000 „ ..... 1,6 „ „

Eine andere, aus dem Jahre 1915 stammende erfaßt 1,4 Mill. Versicherte. Danach bezogen

bis 2 000 ℳ ..... 62,8 v. H.
„ 5 000 „ ..... 36,9 „ „

Alle anderen Erhebungen von Behörden stützen sich auf Unterlagen, die von Angestelltenverbänden zur Verfügung gestellt worden sind. Hervorzuheben ist die amtliche Denkschrift zur Pensionsfrage von 1907, die auf Bearbeitung von 150 000 von den Angestelltenverbänden im Jahre 1903 gesammelten Fragebogen beruht. Sie ergab ein damaliges Durchschnittseinkommen von 2065 ℳ. Ferner sei angeführt die Statistik über die Lage der technischen Privatbeamten im Maschinenbau und in der Elektroindustrie von Groß-Berlin für 1907 von Jäckel, die bei 3300 antwortenden Technikern als Einkommen feststellte: bis 1200 ℳ 4 v. H., von 1200 ℳ bis 2100 ℳ 48 v. H., von 2100 ℳ bis 3000 ℳ 23 v. H., über

3000 ℳ 25 v. H. Eine Erhebung des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes von 1908 ergab als Einkommen bei 33 600 Handlungsgehilfen: bis 1200 ℳ 28 v. H., von 1200 ℳ bis 2000 ℳ 47 v. H., von 2000 ℳ bis 3000 ℳ 21 v. H., über 3000 ℳ 4 v. H.

Nach Lederer betrug um das Jahr 1910 das Gesamtgehalt der rund 1,5 Mill. in Industrie, Bergbau, Baugewerbe, Handel und Verkehr beschäftigten Angestellten (mit Ausnahme der leitenden Personen) 2,7 Milliarden Mark jährlich.

Im Gegensatz zu der Arbeiterschaft, die eine verhältnismäßig gleichartige Masse bildet, weist die Angestelltenschaft große Unterschiede in ihrer Schichtung auf. Die Einkommen der Angestellten haben sehr erhebliche Differenzen zu verzeichnen, die bei Durchschnittsberechnungen nicht so stark in Erscheinung treten. So beträgt nach der obenerwähnten Statistik des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes das Durchschnittseinkommen bei einem Alter bis zu 20 Jahren 1071 ℳ, bei einem solchen über 30 Jahre dagegen 2513 ℳ. Angestellte in leitenden Stellen und mit höherem Einkommen pflegen nicht Angehörige einer Organisation zu sein und werden daher bei Umfragen nicht immer berücksichtigt. Was die Statistik der Reichsversicherungsanstalt anbetrifft, so umfaßt sie zahlreiche Beamte der Großbetriebe nicht wegen der Zugehörigkeit zu Werkspensionskassen, Knappschaftskassen usw. Bei Beurteilung der Einkommen vor dem Kriege muß schließlich der im Vergleich zu heute erheblich höhere Geldwert in Rechnung gestellt werden. Man wird die Gehälter, wenn man mit den heutigen Verhältnissen vergleichen will, mit dem doppelten Betrage in Ansatz bringen dürfen. Was die heutigen Einkommen anbelangt, so enthält die Schrift von Heinrichsbauer einige Angaben über die Gehälter bei der Firma Krupp. Im Frühjahr 1917 waren nur 42 v. H. ihrer Angestellten, mit Ausschluß der Kriegsangestellten sogar nur 31 v. H., wahlberechtigt zum Angestelltenausschuß, woraus hervorgeht, daß alle anderen über 5000 ℳ verdienten. Durch eine am 1. Jan. 1918 erfolgte Gehaltsneuregelung hat sich der Prozentsatz dann noch weiter vermindert, so daß nach dem 1. Jan. 1918 nicht einmal 10 v. H. der festangestellten Beamten (also ohne die Kriegsangestellten) unter 5000 ℳ Einkommen hatte. Nun liegen die Verhältnisse bei Krupp allerdings insofern exzeptionell, als das Werk im Kriege mit Arbeit reichlich versehen war und schon immer sozialpolitisch eine Ausnahmestellung einnahm. Nicht zu bestreiten ist, daß die Angestellten allgemein mit den Lohnsteigerungen der Arbeiterschaft kaum Schritt halten konnten.

Die Organisationen der Angestellten sind noch nicht sehr alt. Bei den Handlungsgehilfen reichen sie rund 60 Jahre, bei den Technikern rund 40 Jahre und bei den Büroangestellten rund 30 Jahre zurück. Von den zwei Grundgedanken der heutigen Organisationen: Wille der Erreichung einer höheren sozialen Position für die Gesamtheit des Standes sowie Hilfeleistung für den Einzelnen trat anfangs der erste in den Hintergrund. Deshalb wurde in der ersten Zeit die Zugehörigkeit der Prinzipale zu der Angestelltenorganisation (bei den sogenannten Harmonie- oder paritätischen Verbänden) als selbstverständlich betrachtet, da die verfolgten Ziele: Gründung von Stellennachweisen, Unterstützungskassen, Hinterbliebenenfürsorge, Verfolgung von Bildungsbestrebungen, allgemein als im Interesse beider Teile liegend angesehen wurden. Mit dem Auftreten von Verbänden, die sich von Anfang an als Gewerkschaften bezeichneten und einen ausgesprochenen Arbeitnehmerstandpunkt vertraten, wurde jedoch die standespolitische Tätigkeit immer stärker betont, und gleichzeitig der Einfluß der Prinzipale immer mehr ausgeschaltet.

Gemäß den komplizierten Verhältnisse innerhalb der Angestelltenschaft und der Verschiedenheit der von den einzelnen Angestellten ausgeübten Berufe ist die Zahl der Angestelltenorganisationen verhältnismäßig groß. Am 31. Dez. 1915 bestanden:

	Zahl d. Verbände	Zahl d. Mitglieder
kaufmännische Verbände	21	357 486
Technikerverbände	23	89 357
Verbände d. Büroangestellten	12	12 170
Verbände landwirtschaftlicher Angestellter	5	11 140
verschiedene Verbände	12	61 456
zusammen	73	531 609

In Anbetracht der Gesamtzahl der Angestellten ist danach die Ziffer der organisierten verhältnismäßig gering. Die Organisierung ist nach der Tabelle bei den kaufmännischen Angestellten weiter fortgeschritten als bei den technischen.

Vor Ausbruch der Revolution waren vier große Zentralvereinigungen zu verzeichnen. Die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ (etwa 70—80 000 Mitglieder) ist entstanden aus der „Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht“ und wurde im November 1917 gegründet. Sie betont ihre gewerkschaftliche Grundlage. Unter den ihr angeschlossenen Organisationen sind hervorzuheben der „Bund der technisch-industriellen Beamten“, der „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ und der „Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten“. Die „Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände“ (gegründet 1916, etwa 70 000 Mitglieder) umfaßt den „Deutschen Technikerverband“, den „Deutschen Werkmeisterverband“ und den „Deutschen Faktorenbund“. Ende 1916 wurde die „Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“ ins Leben gerufen. Sie bildet nach ihrer eigenen Darstellung die Vertretung von rund 600 000 Angestellten. Zu ihren Mitgliedern gehören u. a. der „Deutsche Bankbeamtenverein“, der „Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband“, Hamburg, der „Kaufmännische Verein von 1858“ (früher Verein für Handlungskommis von 1858), Hamburg, und der „Verband deutscher Handlungsgehilfen“, Leipzig. Die jüngste der Arbeitsgemeinschaften ist die „Vereinigung deutscher Privatbeamten und Angestelltenverbände“, die Ende 1917 gegründet wurde (rund 80 000 Mitglieder). Ihren Hauptrückhalt bildet der „Deutsche Privatbeamtenverein“, Magdeburg.

Es ist bemerkenswert, daß all diese Zusammenschlüsse unter dem Einflusse der Kriegsverhältnisse erfolgt sind. Namentlich förderte das Hilfsdienstgesetz die Bestrebungen nach stärkerer Zentralisierung. Diese Entwicklung ist mit der Gründung der vier Arbeitsgemeinschaften noch keineswegs abgeschlossen.

Schon vor Ausbruch der Revolution unterhielten die Angestelltenverbände vielfach mehr oder weniger enge Beziehungen zu den Gewerkschaften der Arbeiter. Heinrichsbauer weist auf folgende „Interessengemeinschaften“ hin: Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig — Werkmeisterverband — Verein der deutschen Kaufleute, Berlin — Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften (freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestellten-Ausschuß), ferner Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband — Deutscher Angestelltenverband — Christliche Gewerkschaften (Christlich-nationaler Arbeiterkongreß, endlich Zentralverband der Handlungsgehilfen — Freie Gewerkschaften (Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands).

A. S.

Österreich-ungarische Nationalstaaten

Deutsch-österreichische Finanzsorgen — Schwierigkeiten der Industrie-Gesellschaften — Der Kurssturz der Kriegsanleihe und die Notenbank — Ernährungslage und Entente-Hilfe — Kohlennot

Die wirtschaftliche Situation Deutsch-Österreichs wird immer schwieriger, und gleichzeitig steigert sich das soziale Chaos in den auf dem Boden der früheren Donaumonarchie entstandenen Nationalstaaten. Vom finanziellen Standpunkt hat Deutsch-Österreich mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Es hat zwar in seiner provisorischen Verfassung vom 12. November 1918 „jede Rechtsnachfolge" des alten Österreichs abgelehnt, aber die juristische Verwahrung ändert nichts an der Tatsache, daß die deutsch-österreichische Regierung eben doch in erster Linie mit der Sorge um die weitere Bezahlung der Kriegsanleihekupons, mit der Versorgung des größten Teiles der früheren österreichischen Offiziere, die deutscher Nationalität waren, und der österreichischen Beamten belastet ist, daß gleichzeitig für Deutsch-Österreich die wichtigsten Steuerquellen des früheren österreichischen Staates versiegt sind und die Abhängigkeit in der Kohlen- und Lebensmittelversorgung jede wirtschaftliche Aktion lähmt. Die Mittel, aus denen bisher zur Not die Staatsausgaben bestritten werden, stammen zum großen Teil aus der Anleihe von 2400 Millonen her, die auf Grund einer noch vom österreichischen Parlament erteilten Kreditermächtigung der Finanzminister Dr. Redlich im Kabinett Lammasch in den allerletzten Tagen des formellen Bestandes dieser letzten österreichischen Regierung bei der Österreichisch-Ungarischen Bank aufgenommen hat. Die übrigen Nationalstaaten haben diese Anleihe niemals anerkannt und haben es vor allem bisher verhindert, daß der ungenützte Kreditrest von 2 Milliarden aus dem vom österreichischen Parlament noch bewilligten Kredit von der deutsch-österreichischen Regierung für gemeinsame Zwecke ausgenützt werde. Von jenen 2400 Mill. sind noch etwa 600 Mill. für den Kriegsanleihekupon der ersten Monate dieses Jahres verfügbar, die übrigen drei Viertel wurden für die Bezahlung eines Teiles der Lieferungen der Kriegsverwaltung, für Unterhaltsbeiträge, Pensionen, Demobilisierungskosten etc. verwendet. Zur Deckung der Schulden des alten Österreichs und des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Aerars reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus, und da diese liquidierende Stelle von keiner Seite Zuschüsse erhielt, so sah das Kriegsministerium sich anfangs Dezember genötigt, die Zahlungen einzustellen. Damit ist natürlich eine ungeheure Anzahl von großen und kleinen Unternehmungen in Schwierigkeiten gekommen, da sich die Banken in sehr vielen Fällen weigerten die Forderungen an das Kriegs-Aerar zu finanzieren oder ihre Kredite, die früher den Unternehmungen mit Heereslieferungen so bereitwillig gegeben worden waren, aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu erhöhen. Man schätzt die Forderungen deutsch österreichischer Firmen an das Kriegsärar allein auf 800 Mill. Durch nachträgliche Verhandlungen übernahm es das deutsch-österreichische Staatsamt für Finanzen, an deutsch-österreichische Firmen für gemeinsame Rechnung aller Nationalstaaten auf ihre Forderungen an das Kriegsärar Vorschüsse zu gewähren, um die Weiterzahlung von Löhnen, Steuern usw. zu ermöglichen. Weitere große Ausgaben sind dem Fiskus vor allem aus dem Unterhalt der neu gebildeten Volkswehr und aus der Arbeitslosenunterstützung erwachsen, die heute bereits in Wien allein täglich etwa 800 000 K erfordert. Der Finanzsekretär Dr. Steinwender hat dieser Tage das Defizit für das erste Halbjahr 1919 auf 1 Milliarde veranschlagt, was einen Staat von wenig über 6 Mill. Einwohnern (seitdem Deutsch-Böhmen und das Sudetenland von tschechischen Truppen besetzt sind) in eine unhaltbare finanzielle Situation bringt.

Die deutsch-österreichische Republik hat zur Vermehrung ihrer Mittel, da ihr der Weg zur Notenbank wegen des Einspruches der Nationalstaaten nicht offen steht, Anfang Dezember eine Anleihe von 500 Mill. mit dem Vorbehalt der Erhöhung aufgelegt. Sie wurde in der Form von 4 %igen Schatzscheinen ausgegeben, die ab November 1920 vom Inhaber halbjährig gekündigt werden können. Der Subskriptionskurs wurde mit 97 % bei Barzahlung und 99 %, wenn höchstens ein Viertel des Zeichnungbetrages in Kriegsanleihe bezahlt wurde, festgesetzt. Die Bedingungen waren somit wesentlich ungünstiger als bei den österreichischen Kriegsanleihen. Die Beteiligung des Publikums, das überdies durch die erwähnte Zahlungseinstellung des Kriegsministeriums und durch die Ungewißheit über das weitere Schicksal der Kriegsanleihen beunruhigt war, hielt sich daher auch in bescheidenen Grenzen. Trotzdem wurden hauptsächlich durch Banken und Sparkassen über 600 Mill. gezeichnet, die voll zugeteilt wurden. Damit war der Geldbedarf des Staates natürlich nicht annähernd gedeckt, und der Schatzsekretär mußte vor allem bestrebt sein, die Steuereingänge zu vermehren. Die Heimkehr der zum Militärdienst eingezogenen Steuerbeamten hat es ermöglicht, die rückständigen „Steuervorschreibungen" der letzten Jahre nachzuholen, und ein strenges Gesetz hat die Steuerzahlung durch hohe Strafzinsen (12 %) zu beschleunigen versucht. Der scharfe Zugriff des Fiskus trifft natürlich gerade das städtische Kapital in einem Zeitpunkt der schwersten Vermögensentwertung, völliger Geschäftsstockung und drückender Sorge um die Zukunft. Und bei dem gering entwickelten Staatsbewußtsein, das den Deutsch-Österreicher charakterisiert, hat die Zumutung schwerer finanzieller Opfer, auf die man hisher nicht vorbereitet war, eine Protestaktion ausgelöst, bei der viel „mittelständische" Demagogie einen tatsächlich vorhandenen Notstand für Wahlzwecke ausnützt. An neuen Steuern sind Vorlagen in Verhandlung, die ein Normalerträgnis von 500 Mill. erwarten lassen. Aber dieser Betrag wird nur annähernd erreicht werden, wenn die Produktion wieder in Gang kommt, (wovon insbesondere das Erträgnis der Bier- und Branntweinsteuern abhängt) und nicht die allgemeinen Einkommenverhältnisse sich weiter verschlechtern. Dazu kommt, daß der Kreis der künftigen Steuerträger, abgesehen von der Ungewißheit über das künftige deutsch-österreichische Gebiet (insbesondere über die Zugehörigkeit Deutsch-Böhmens) noch in keiner Weise feststeht, da wahrscheinlich die großen Unternehmungen, die in Wien ihren Sitz, aber im tschechoslowakischen oder südslavischen Staat ihre Betriebe haben (vor allem die großen Montanuntennehmungen und Maschinenfabriken) von den slavischen Nationalstaaten zur „Nationalisierung" werden veranlaßt werden.

Eine ganze Anzahl von Gesellschaften hat bereits entsprechende Statutenänderungen beschlossen, andere bereiten sie vor. Entschiedene Sache ist das zunächst natürlich bei allen Unternehmungen, die vollständig im tschechischen Gebiete liegen. So sind die Skodawerke sowohl mit ihrem Pilsener Betrieb als mit der großen, zu ihrem Konzern gehörigen Maschinenfabrik Ruston in Prag tschechische Unternehmungen geworden, eine Tatsache, die die Verwaltung der

Gesellschaft bereits durch einige auf nationale Gründe zurückzuführende Personalveränderungen anerkannt hat, die ihre finanziellen Schwierigkeiten und die Gefahren für die Zukunft ihr vorläufig aber noch in keiner Weise erleichterten. Vor allem weigert sich die tschechische Regierung, irgendwie in die Verpflichtungen einzutreten, die das österreichisch-ungarische Kriegsärar gegen die Skodawerke eingegangen ist, die dadurch mit einem Mehrfachen ihres Aktienkapitals an zweifelhaften Außenständen belastet sind. Ähnlich steht es mit einigen großen Montanunternehmungen in Mähren. Währenddessen müssen alle diese Unternehmungen noch zehntausende Arbeiter weiter entlohnen, wobei ihnen in Böhmen und Mähren immerhin wenigstens eine halbwegs zureichende Kohlenversorgung die Aufrechterhaltung eines partiellen Betriebes gestattet. In einer viel schwierigeren Lage befinden sich die Fabriken in Deutsch-Österreich, die der Reihe nach zum vollständigen Stillstand kommen. So hat die Alpine Montangesellschaft wegen Koksmangels vor einigen Tagen ihren letzten Hochofen ausgeblasen. Natürlich wächst dadurch das Heer der Arbeitslosen; in Wien allein nehmen bereits über 100 000 Arbeitslose die öffentlichen Unterstützungen in Anspruch. Dabei sind noch für Handelsangestellte Schutzverordnungen gegen Kündigungen in Kraft, die nächsten Monat ablaufen und mit Rücksicht auf die schwierige Lage einer Unzahl von Geschäftsbetrieben, wenn überhaupt, nur mit starken Einschränkungen werden verlängert werden können.

Inzwischen vollzieht sich alltäglich eine rapide Vermögensentwertung, vor allem durch den Kurssturz der Kriegsanleihe, die im freien Verkehr mit ungefähr 60 % gehandelt wird, obwohl die Österreichisch-Ungarische Bank nach dem Zeichnungsprospekt zur Belehnung mit 75 % verpflichtet ist. Die Bank hat der Belehnung in den letzten Wochen immer größere Schwierigkeiten entgegengesetzt, nachdem sie 8 Milliarden belehnt hat. Sie verschleppt die Belehnungsgesuche, sucht sich individuelle Sicherheiten für die Belehnungssumme zu verschaffen und trachtet besonders zu verhindern, daß die Banken durch Belehnung ihren eigenen Besitz an Kriegsanleihe losschlagen. Dadurch sind die Banken wieder gezwungen, vorerst Belehnungsansuchen ihrer Kunden abzulehnen und diese unmittelbar an die Österreich-Ungarische Bank zu verweisen. Über einen Ausweg aus dieser kritischen Situation wird zwischen Notenbank und den Privatbanken — bisher ohne nennenswertes Ergebnis — verhandelt. Inzwischen hat der tschechische Finanzminister der Bank für das Gebiet des tschecho-slowakischen Staates die Belehnung von Kriegsanleihen überhaupt verboten, eine Maßnahme, deren Zweck hauptsächlich in der Verhinderung einer weiteren Noteninflation zu liegen scheint. Dadurch ist für die Industrie, die während des Krieges mit mehr oder weniger sanftem Druck veranlaßt worden ist, ihre flüssigen Mittel und zum Teil noch weit darüber hinausgehende Beträge in Kriegsanleihe anzulegen, die Möglichkeit der Geldbeschaffung ungeheuer erschwert, zumal auch die Banken mit Rücksicht auf ihre eigene Situation und auf die Unsicherheit aller Firmen, die bedeutendere Forderungen an das frühere Kriegsärar haben, in der Kreditgewährung äußerst zurückhaltend geworden sind. Wie sich unter diesen Umständen die Bilanzen der Bank gestalten werden, ist heute noch nicht abzusehen. Einen Vorgeschmack bekommt man aus der dieser Tage veröffentlichten Bilanz der Ersten österreichischen Sparkasse, des weitaus größten Sparinstitutes der früheren Monarchie, die zur Abschreibung ihres Kriegsanleihebesitzes auf 75 % (also auf die Belehnungsgrenze, aber noch nicht annähernd auf den tatsächlichen Kurs) ihren in einem Jahrhundert angesammelten Reservefonds von 26 Mill. auf 12 Mill. reduzieren muß. Dabei wachsen die Unkosen ständig und müssen die aus dem Feld heimgekehrten Beamten wieder eingestellt werden. Eine teilweise Entschädigung, die jedoch erst im laufenden Jahre realisiert werden kann, werden die Banken aus der kürzlich durchgeführten Herabsetzung des Einlagezinsfußes um ½ % ziehen. Die Hauptsache ist jedoch, daß das Schicksal der österreichischen Staatsschuld in irgend einer Weise geklärt wird, während sich die slavischen Nationalstaaten bisher beharrlich weigern, in Verhandlungen über die finanzielle Liquidation einzugehen.

Trotzdem treten alle diese Zukunftssorgen verhältnismäßig weit zurück hinter die Sorge um das tägliche Leben. Deutsch-Österreich ist von Lebensmittelvorräten, besonders Mehl, vollständig entblößt, sodaß es ausschließlich auf die Sendungen der Entente angewiesen ist. Diese hat anfangs Januar die Lieferung von 24 000 t Getreide, 2000 t Fett und 750 t Kondensmilch zugesagt, was für etwa drei bis vier Wochen reicht. Da infolge eines Erdrutsches am Brenner in der vorigen Woche eine kurze Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs mit Italien eingetreten ist, mußte diese Woche die Brotration bereits auf die Hälfte gekürzt werden. Die ausländischen Zufuhren stellen außerdem noch ein bisher ungelöstes finanzielles Problem. Die interalliierte Lebensmittelkonferenz berechnet das Getreide mit Rücksicht auf die enormen Frachtspesen und die schlechte Valuta mit nicht weniger als 300 K pro Meterzentner cif Genua. Mit Landfracht, Schwund, Vermahlungsspesen usw. wird sich daher das Mehl auf mindestens 328 K stellen, was bei 90 %iger Ausmahlung den Brotpreis in Wien von gegenwärtig 1,56 K auf 3,18 K erhöhen würde. An eine derartige Preiserhöhung für die breiten Massen ist natürlich ebensowenig zu denken wie an die Übernahme der Differenz von nahezu einer Milliarde durch den bedrängten deutsch-österreichischen Fiskus. Welchen Ausweg man aus diesem Dilemma finden wird, steht augenblicklich noch nicht fest. Die Finanzierung gegenüber der Entente erfolgt in der Weise, daß die Lieferungen in Kronen bezahlt werden, die in Amerika ihre valutarische Deckung in den durch vier Kriegsjahre angesammelten Auswanderergeldern finden.

Wie mit Lebensmitteln ist Deutsch-Österreich mit Kohle völlig auf die Entente angewiesen, die durch einen starken Druck in Prag den Eintritt einer Katastrophe in Wien verhindert hat, nachdem die Hauptstadt bereits unmittelbar vor der gänzlichen Einstellung ihrer Beleuchtung, Beheizung und Verkehrsanlagen gestanden hatte. Was gegenwärtig aus Böhmen und Mähren an Kohle einläuft und von der Prager Regierung an Durchfuhren aus Oberschlesien zugelassen wird, genügt kaum, um die dringendsten physischen Existenzbedürfnisse der deutsch-österreichischen Bevölkerung zu decken, geschweige denn die industrielle Produktion in größerem Umfange aufzunehmen. So ist der Eisenbahnverkehr auf das äußerste eingeschränkt, die Wiener Stadtbahn ist außer Betrieb, die Straßenbahn verkehrt bis 8 Uhr abends in längeren Intervallen, der Gasverbrauch pro Haushalt (ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Bewohner) ist mit einem Kubikmeter pro Tag festgesetzt, die elektrische Beleuchtung mit einer 25-Kerzen-Lampe pro Wohnraum durch fünf Stunden täglich, außerdem besteht die allgemeine Ladensperre um 4 Uhr nachmittags, Motore dürfen jedoch nur bis Mittag in Betrieb sein. Trotz dieser drakonischen Sparmaßnahmen ist es bisher kaum möglich gewesen, nennenswerte Vorräte in den Gas- und Elektrizitätswerken anzusammeln, sodaß jede Verkehrsstörung oder ein Streik im Ostrauer Revier, auf das Wien namentlich mit Gaskohle ange-

wiesen ist, immer wieder binnen kürzester Frist eine Katastrophe heraufbeschwören kann. Und während früher Deutsch-Österreich immer im äußersten Falle auf die Hilfe Deutschlands rechnen konnte, fühlt es sich jetzt völlig verlassen, was natürlich das politische und nationale Selbstbewußtsein und vor allem die Propaganda für die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche außerordentlich erschwert.

Dr. Gustav Stolper, Wien

Schweiz

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Der Waffenstillstandsvertrag hat für das Schweizer Land eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen, da es nach wie vor in weitestgehendem Maße auf die Hülfe des Auslands angewiesen ist. Die Zerrüttung der deutschen inneren Verhältnisse hat die wichtigste wirtschaftliche Beziehung zwischen beiden Ländern, die deutschen Kohlenlieferungen, bedenklich gefährdet, und es wurde als ein Glück betrachtet, daß Frankreich sich bereit erklärte, wenn auch in bescheidenem Maße, seinerseits zur Linderung der Brennstoffschwierigkeiten in der Schweiz beizutragen. Die Bundesbahnen mußten zum fünftenmal ihre Fahrtleistungen herabsetzen. Auch die Arbeitslosigkeit nimmt allmählich größere Formen an und wird durch die allgemeine Teuerung noch weiter verschärft. Immerhin kann man bei einigen Warenpreisen bereits schwache Rückgänge feststellen.

Die allgemeine Erzeugung, die 1917 bereits rückgängig war, hat im Jahre 1918 weiterhin nachgelassen. In der Maschinenindustrie konnte infolge der seitens beider Mächtegruppen eingeführten Beschränkungen für die Verwendung der eingeführten Rohstoffe nur wenig gearbeitet werden und der Stand der Valuten sowie die erheblichen Selbstkosten beeinträchtigten auch nicht unwesentlich die Wettbewerbsfähigkeit. Die Elektrizitätsindustrie war das Jahr über gut beschäftigt, wohingegen die Automobilindustrie unter ungenügender Zufuhr von Rohstoffen zu leiden hatte. Die Uhrenindustrie konnte eine Steigerung der Ausfuhr, insbesondere nach Nordamerika, verzeichnen, jedoch mußte in der Seidenindustrie der Betrieb immer mehr eingeschränkt werden. Auch die Stickerei litt erheblich infolge der Einfuhrverbote des Auslandes; insbesondere wurde das englische Verbot der Einfuhr schweizerischer Industrieartikel schmerzlich empfunden. Die Schuhindustrie war gezwungen, ihre Betriebsleistungen um etwa ein Viertel zu ermäßigen, bei der Schokoladenindustrie macht sich der Milchmangel erheblich geltend. Dagegen kann die Landwirtschaft auf ein gutes Jahr zurückblicken, insbesondere da die Getreidefläche durch Zwangsanbau von mehr als 45000 ha erheblich vergrößert wurde. Die Lage der Hotelindustrie sowie der Verkehrsanstalten einschließlich der Bundesbahnen ist nach wie vor wenig günstig und verspricht erst eine Besserung nach Eintreten normaler Verhältnisse. In der schwierigsten Lage ist vielleicht die Baumwollindustrie, deren Versorgung Ende 1918 auf ein Mindestmaß herabgesunken war; die Folge hiervon war die Stillegung einer Anzahl Spinnereien sowie starke Arbeitseinschränkungen bei anderen Betrieben. Die Einfuhr großer Posten Baumwolle, die für Schweizer Rechnung in den Ententeländern liegen, wird daher mit Ungeduld erwartet.

Auf dem Geldmarkt ist für das Jahr 1918 eine starke Anspannung und damit eine Annäherung an die für langfristige Gelder geltenden Sätze festzustellen. Der durchschnittliche Privatsatz für kurzfristige Gelder belief sich auf 4 1/6 % gegen 2 2/3 % im Jahre 1917. Die wachsende Anspannung auf dem Diskontmarkt gab der schweizerischen Nationalbank Anfang Oktober 1918 Veranlassung zu einer Erhöhung der offiziellen Bankrate um 1 % auf 5 1/2 %, nachdem Anfang Juli der Lombardsatz von 5 auf 5 1/2 % erhöht worden war.

Die Nationalbank wurde außerordentlich stark in Anspruch genommen; die durchschnittliche Metalldeckung, die im Jahre 1917 etwa 75 % betragen hatte, sank 1918 auf rund 60 %. In den Tagen des Landesstreiks, Mitte November 1918, betrug die Deckung nur etwa 46 % und sank damit unter den Stand vom August 1914 (48 %.) Der nicht durch Metall gedeckte Notenumlauf hatte im Jahre 1917 zwischen 81 und 293 Mill. betragen und bewegte sich im Jahre 1918 zwischen 189 und 518 Mill. So hat auch in der Schweiz das Inflationsproblem eine Rolle gespielt und es wurde in der volkswirtschaftlichen Presse viel erörtert.

Der Kapitalmarkt wurde für langfristige Gelder nach wie vor in Anspruch genommen, und die Emissionstätigkeit war das Jahr hindurch recht rege; insbesondere haben Bund, Kantone und Gemeinde erheblichen Bedarf kundgetan. So hat sich das Zinsniveau nach oben verschoben und die allermeisten öffentlichen 5 % Anleihen mußten mehr oder weniger unter Pari begeben werden; bei industriellen Anleihen wurden Schatzscheine von 5 1/2 und 6 % gelegentlich untergebracht. Es machte sich infolgedessen allmählich starke Müdigkeit geltend, die durch die Finanzabkommen, die das Ausland forderte, noch erhöht wurde.

Auf der Börse war infolge der geschilderten Umstände ein Rückgang der Kurse bei den öffentlichen Anleihen festzustellen; so sanken die 3 1/2proz. Bundesbahnobligationen im Laufe des Jahres von 75 % auf etwa 71 %. Dahingegen haben sich die Schuldverschreibungen der führenden Industriegesellschaften gut gehalten. Auf dem Aktienmarkt herrschte allgemein feste Stimmung, bis im November 1918 die politischen Umwälzungen in Deutschland und Österreich-Ungarn sowie das Auftauchen revolutionärer Strömungen erhebliche Kursrückgänge verursachten.

Die Devisenkurse des Auslands hoben sich in den ersten Monaten des Jahres und gingen im Laufe des Sommers stark zurück. Scheck Paris sank von 79 auf 69, London von 20 1/2 auf 18 1/2, Mailand von 53 3/4 auf 40, New York von 4,50 auf 3,90. Im September hoben sich die fremden Sätze und am Jahresende notierten Paris 88, London 22,85, Mailand 74 1/4, New York 4,80. Reichsmark und österreichische Krone, die zu Jahresbeginn sehr günstig gestanden hatten (88 3/4 und 60 1/8) waren beim Jahresende auf 60 1/2 bezw. 30 1/2 gesunken.

Die Pläne zur Gründung einer Ausfuhrbank, die die ganzen Kriegsjahre hindurch erörtert worden waren, wurden in letzter Zeit mit dem Annahen normaler Verhältnisse wiederum verstärkt aufgenommen. Man erhoffe von der Errichtung einer Exportbank erhebliche Erleichterungen der finanzpolitischen Transaktionen des heimischen Außenhandels und legt ihr für dessen Förderung große Bedeutung bei. Es wird vielfach auf das Vorgehen der Vereinigten Staaten hingewiesen, wo ein inniges Zusammenarbeiten von Industrie, Handel und Finanz erstrebt wird, das auf allen Weltmärkten die amerikanischen Handelspläne erweitern und unterstützen soll. Man fordert Errichtung von Niederlassungen der Exportbank in großen Städten, insbesondere in Nord- und Südamerika, sowie die Pflege eines kommerziellen Auskunftdienstes, der die Tätigkeit der Handelsattachés ergänzen soll. Der Aktienbesitz soll

natürlich in schweizerischen Händen bleiben. Eine Konkurrenz gegenüber den schweizerischen Großhandelsbanken wird nicht befürchtet, da diese, abgesehen von der Londoner Filiale des Schweizerischen Bankvereins, im Ausland keine Filialen haben. Im übrigen legen die meisten Kreditinstitute auf das Auslandsgeschäft weniger Wert, da sie die Finanzierung des inländischen Handels als ihre Hauptaufgabe betrachten. Die Ausfuhr- und Überseebank hätte die Ausfuhr zu finanzieren, den Überseekaufleuten Kredite zu verschaffen sowie den Zahlungsausgleich mit dem Ausland zu erleichtern; insbesondere wäre die Gewährung von langfristigen Krediten eine Hauptaufgabe. Auch der überseeische Effekten- und Börsenverkehr wäre zu pflegen.

Industriepolitisch wird eine durchgreifende gewerblich-industrielle Arbeitsverfassung gefordert, wie sie in England bereits in der Durchführung ist, und zwar soll hierbei nicht der Staat eingreifen, sondern die Einigung soll durch die industriellen und gewerkschaftlichen Führer erfolgen. Es stehen sich auch in der Schweiz Unternehmertum und Arbeiterschaft feindlich gegenüber, wie ja der Landesstreik erwiesen hat. Man fordert, daß im Schoße der Gewerbe selbst durch Zusammenwirken der Beteiligten die Gegensätze ausgeglichen werden und weist auf das Wort eines englischen Arbeitsministers hin, der erklärte, es gäbe nur zwei Möglichkeiten, entweder Schaffung engerer Beziehungen der arbeitenden Klassen zu den aktuellen Angelegenheiten ihrer Industrien oder — eine Revolution. Der leitende Gesichtspunkt soll sein die vermehrte Heranziehung der Arbeiterschaft zu den Erörterungen der jeden Industriezweig bewegenden Existenzfragen in gemeinsamen Körperschaften. Es ist anzugeben, daß hierin die einzige Möglichkeit zu sehen ist, dem Land auf die Dauer schwere wirtschaftliche Gefahren, wie sie die Novembervorgänge gezeigt haben, zu ersparen. Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit den in der Schweiz besonders niedrigen Löhnen ist groß und das Kriegsgewinnlertum, das im Laufe des Krieges zu erheblichen Kapitalansammlungen geführt hat, bietet den Arbeitermassen häufig Gelegenheit, auf das große Mißverhältnis zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft hinzuweisen. Man wird daher wohl oder übel sich möglichst bald zu einer Einigung, die ja auch in Deutschland durch das bekannte Novemberabkommen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden erfolgt ist, entschließen müssen.

Handelspolitisch hat sich die Lage für die Schweiz infolge des Zusammenbruches der Mittelmächte erheblich geändert und während noch bis vor nicht langer Zeit die Möglichkeit von Wirtschaftsbündnissen mit dieser Gruppe erwogen wurde, zeigt man sich jetzt begreiflicherweise sehr zurückhaltend. Man hofft, daß die Ententemächte Deutschland wirtschaftlich nicht erdrosseln werden, da hierdurch auch die ehedem sehr lebhaften Handelsbeziehungen der Schweiz mit Deutschland stark leiden würden. Immerhin erachtet man es als ziemlich sicher, daß England mancherlei schutzzöllnerische Tendenzen durchführen wird. Da man ferner damit rechnet, daß auch die anderen Staaten trotz des Völkerbundgedankens Schutzzölle einführen werden, so hält man die eigenen Aussichten für nicht allzu günstig; insbesondere wird von Frankreich eine starke Beschränkung der Einfuhr befürchtet.

Die Abtrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland wird natürlich eine starke Verschiebung der wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zugunsten Frankreichs bedeuten. Die Eidgenossenschaft sucht planmäßig die Verbindung mit allen europäischen Staaten zu fördern, wobei es jedoch begreiflich ist, daß die westlichen Länder gegenüber Deutschland bevorzugt werden. So wurde Mitte vorigen Jahres eine schweizerische Kommission in London zum Studium wirtschaftlicher und kommerzieller Fragen begründet, der Vertreter der schweizerischen Industrie und des Handels in London angehören. Die Kommission wird Hand in Hand mit dem jetzt ernannten schweizerischen Handelsattaché an der dortigen Gesandtschaft arbeiten und man verspricht sich von dieser gemeinsamen Tätigkeit eine lebhafte Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

Die Anzeichen mehren sich dafür, daß der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland einstweilen seine Fortsetzung finden wird. Während Deutschland auf die Beschränkung der Wiederausfuhr der von ihm gelieferten Waren nach den Ländern der Alliierten verzichtet hat, sind die Ausfuhrverbote der S. S. S noch immer in Kraft. In der ungeniertesten Weise hat man Fabriken zum Abbruch ihrer deutschen Beziehungen bewegen wollen und in Hotels gegen deutsche Kundshhaft Hetze getrieben. Insbesondere setzt man der Anstellung deutscher entlassener Soldaten in schweizerischen Firmen starke Schwierigkeiten entgegen, und die Zahl der jungen Deutschen, die sich stellungslos in der Schweiz aufhalten, dürfte sich in nächster Zeit erheblich vermehren. Auch der allgemeine Arbeitsmarkt ist ungünstig geworden; die im November angemeldeten Arbeitsgelegenheiten haben sich gegen Oktober um 52 % verschlechtert. Insbesondere haben die Färbereien, Bleichereien, Spinnereien und Webereien zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, ferner findet man unter den Arbeitlosen viele Arbeiter aus der Metall- und Maschinenindustrie, Bauhandwerker sowie Taglöhner.

Dr. S. Schwabacher

England

Vergesellschaftung der Bahnen und Kanäle

Die ausgeprägten staatssozialistischen und sozialpolitischen Tendenzen, die wir wiederholt im englischen Wirtschaftsleben der Gegenwart haben feststellen können, werden in der Verstaatlichung der Bahnen, die Winston Churchill am 6 12 18 verkündete, einen bedeutenden Etappenpunkt erreichen. Die englische Regierung folgt damit dem Beispiel Deutschlands, das sie schon auf so vielen anderen Gebieten nachgeahmt hat.

Die englischen Bahnen umfassen einen Wert von rund 1300 Mill. £, (Anfang 1913 betrug das eingezahlte Aktienkapital 974 592 987 £, die Obligationsschuld 360 370 531 £). Dem entspricht allerdings der Börsenwert der Papiere heute nicht mehr, da er nur rund 800 Mill. £ ausmacht. Das Schienennetz beträgt (einschließlich Nebengeleise usw.) 54 909 englische Meilen. Die Gesamteinnahmen dieser Bahnstrecken beliefen sich auf 128 553 517 £ und die Nettoeinnahmen auf 47 329 074 £. Schon 1910 — neuere Zählungen liegen nicht vor — standen im Dienste der Gesellschaft rund 273 000 Angestellte, die nunmehr zu Staatsbeamten werden.

Allem Anschein nach ist die Regierung nicht gern in dieses Unternehmen hineingegangen, aber der Lauf der Ereignisse hat sie dazu gezwungen. Sie hat während des Krieges die Verwaltung der Bahnen übernehmen müssen, um besonderen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden zu können, was um so schwieriger war, da Kohlennot und Materialmangel die größte Vorsicht in der Bewirtschaftung der Rohstoffe erheischte. Es kam hinzu, daß die Tendenzen, die in allen Teilen der Welt eine Erhöhung der Tarife bewirkt haben, sich auch in England geltend machten: Die allgemeine

Teuerung und der Wunsch, die Benutzung der Bahnen durch erhöhte Tarife zu erschweren. Demgegenüber wollte die Regierung dem Prinzip, die Elemente der Produktion nicht zu verteuern, möglichst treu bleiben und hat die Gütertarife gar nicht und die Personenfahrkarten nur einmal (1. 1. 17) um 50 % erhöht, ferner einige kleinere Tarifermäßigungen beseitigt, die späterhin jedoch zum Teil wieder in Kraft getreten sind.

Diese Politik der Regierung bedinge bedeutende Opfer, denn die Arbeitslöhne mußten im Laufe des Krieges beinahe verdoppelt werden und die Ausgaben für Kohlen und Material stiegen außerordentlich. Zu alledem aber hatte die Regierung bei Übernahme der Verwaltung der Bahnen den Aktionären Dividenden und Zinszahlungen auf der Grundlage von 1913 garantiert. Zur Bestreitung der gestiegenen Unkosten blieben bei dem Verzicht auf Tariferhöhungen nur zwei Wege: Zuschüsse oder mangelhafte Abschreibungen.

Beide Wege scheinen beschritten worden zu sein und doch ist der Zustand der englischen Bahnen geradezu trostlos, nicht nur in finanzieller, sondern vor allem auch in technischer Hinsicht, da die notwendigsten Neuanschaffungen unterblieben sind und überdies ein großer Teil des rollenden Materials zu Kriegszwecken nach dem Kontingent gebracht und dort verschlissen wurde.

Angesichts dieser Entwicklung einigten sich die Aktionäre, folgende Forderungen an den Staat zu stellen: Barzuschuß von 15 Mill. £ zur Wiederherstellung des verbrauchten Materials, Genehmigung zu einer beträchtlichen Erhöhung der Tarife und zur Vertrustung der Bahnen. Diese Forderungen stießen natürlich auf schwere Bedenken. Bei einem großen Staatszuschuß muß zumindest vorher die Frage der Höhe des Bedarfs und der zweckmäßigen Verwendung geklärt werden. Die Erhöhung der Tarife widerspricht dem schon oben betonten Prinzip der englischen Regierung, die Elemente der Produktion nicht zu verteuern und der Vertrustung eines für die Volkswirtschaft so wesentlichen Unternehmens wie der Eisenbahnen stehen die schwersten Bedenken gegenüber, die bei dem freiheitlich gesinnten Volk der Engländer ganz besonders ins Gesicht fallen.

So sah sich das mit der Prüfung der Forderungen der Aktionäre betraute Railway Executive Committee veranlaßt, Sachverständige einzuberufen, die über Mittel und Wege beratschlagen sollten, wie der Staat den übernommenen Verpflichtungen (die Wiederherstellung der Bahnen in ihren alten Zustand) gerecht werden könne. Als Ergebnis der Verhandlungen empfahl das Komitee in einem Bericht (Cd 9193) eine Vereinheitlichung der Betriebsmittel und der Verwaltung, da diese die Neubeschaffung des verschlissenen Materials am billigsten gestalten müßte. Über die Frage der Verstaatlichung der Bahnen fällten die Sachverständigen zwar kein Urteil, doch wiesen sie darauf hin, daß sie ein Weg sei, die Vereinheitlichung durchzuführen. Nach Ansicht der Arbeiter ist es der einzige. Diese Forderung der Verstaatlichung, die zunächst von der Gewerkschaft der Eisenbahner (National Union of Railwaymen) aufgestellt wurde, ist in das Parteiwahlprogramm der Labour Party übergegangen und hat darin eine bis ins einzelne gehende Ausarbeitung gefunden.

Indessen ist der Stein noch vor der Einberufung des neuen Parlaments ins Rollen gekommen. Bei einer früheren Arbeiterschwierigkeit, die in die für das englische Volk schweren Augusttage 1917 fielen, wurde der Regierung das Versprechen abgezwungen, innerhalb eines Monats nach Einstellung der Feindseligkeiten die Einführung des Achtstundentages in günstige Erwägung zu ziehen. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr gekommen, und es hat nur einer Streikdrohung der Eisenbahner bedurft, um die Regierung zur Erfüllung ihres Versprechens zu bewegen. Das Eisenbahnexekutivkomite führt mit Gültigkeit ab 1. Februar den Achtstundentag in den englischen Bahnen und damit in dem ersten englischen Erwerbszweig überhaupt ein. Das verursacht aber von neuem einen großen Aufwand an Arbeitskräften und Kosten (nach der „Times“ vom 1. Januar schätzt man letztere auf nicht weniger als 25 Mill. £) und führt damit die Regierung noch weiter von der Wiederherstellung der alten Rechte der Aktionäre ab, denen sie nunmehr noch die Kosten dieser Neuerung aufbürden müßte. Das ist der innere Zusammenhang zwischen den fast gleichzeitig erfolgten Erklärungen der Regierung über die Einführung des Achtstundentages und der Verstaatlichung der Bahnen.

Die Durchführung der Verstaatlichung steht der Regierung nach dem Railway Regulation Act von 1844 jederzeit nach dreimonatlicher Kündigung zu, und zwar auf Grundlage eines Preises, der dem 25fachen Betrage der Durchschnittsreingewinne der letzten drei Jahre entspricht. Die Regierung hat schon durchblicken lassen, daß als solche nicht die letzten Kriegsjahre, deren Erträgnisse gerade durch ihre Eingriffe geschmälert worden sind, gelten sollen, sondern die Jahre 1911, 1912, 1913. Damit würden die Aktionäre glänzend abgefunden sein und dementsprechend macht sich ein scharfes Ansteigen der Bahnpapiere an der Londoner Börse bemerklich. Wie aber so der Staat zu einer Betriebsrentabllität gelangen soll, ist unerfindlich*). Es bleibt es ein schwacher Trost, daß die Verstaatlichung in gewisser Hinsicht auch im nationalen Interesse liegende Verbesserungen für die Zukunft ermöglicht, da die früher wegen ihrer geringen Bevölkerungsdichte oder aus anderen Gründen stiefmütterlich behandelten Landesteile Englands nunmehr voraussichtlich eine bessere Verbindung erhalten, die kulturelle Entwickelung des ganzen Landes durch die Bahnen also von einheitlichen nationalen Gesichtspunkten aus gefördert werden kann und wird.

Auch für die Kanäle und deren Ausbau wird die Verstaatlichung der Eisenbahnunternehmungen, in deren Besitz sie sich zum großen Teil befinden, von weittragender Bedeutung sein. Man hat schon seit langem angeregt, die englischen Binnenschiffahrtswege von Staatswegen anzubauen, und es ist insbesondere von fachmännischer Seite ein Vorschlag zum Ausbau der Kanäle gemacht worden, der 38 Mill. £ verschlingen würde; das ist gegen den Anlagewert von nur sechs Mill. £ eine recht erhebliche Snmme. Das Bahnkomitee weist es in seinem oben zitierten Bericht zurück, auf diesen Vorschlag näher einzugehen, da man sich noch kein Bild von der Benutzung der Wasserstraßen nach dem Kriege machen könne. Bis jetzt seien sie wesentlich durch die Kohlentransporte in Anspruch genommen worden. Dies werde sich nach dem Kriege, sobald die elektrischen Überlandzentralen des Balfour-Ausschusses erreicht seien, erheblich ändern und man könne heute noch kein Urteil fällen. Einige kleinere Projekte, die etwa 3 Mill. £ beanspruchen würden und dazu dienen sollen, eine sparsame Bewirtschaftung der Wasserstraßen zu ermöglichen, werden jedoch von der Kommission befürwortet.

Wir stehen also vor einer völligen Umgestaltung des Binnenverkehrswesens Englands. Sie hat eine notwendige Folge des Krieges, in dem die englische Regierung mehr Verpflichtungen hat übernehmen müssen, als sie zu halten imstande war. In welchem Umfange die Umgestaltung zum Vorteil oder zum Nachteil der englischen Volkswirtschaft gereichen wird, kann man heute noch nicht beurteilen. *Dr. Th. Plaut*

*) Nach den Berechnungen der Railway Gazette braucht er zur Verstaatlichung auf Grundlage des heutigen Zinsfußes 1 174 301 000 £ 5 % Konsols, deren Zinsenlast jährlich 58 715 000 £ betragen würde. Ganz abgesehen von den erhöhten Kohlen-, Arberts- und Materialkosten würde das gegenüber den oben genannten Friedenseinkommen der Bahnen einen sehr beträchtlichen Verlust zeitigen.

Japan

Die japanische Kolonialpolitik im Jahre 1918

Die letzten Jahre haben Japan auf kolonisatorischem Gebiete schöne Erfolge gebracht. Das trifft besonders auf die Südmandschurei zu, wo im Verfolg der chinesisch-japanischen Abmachungen von 1915 eine Vereinheitlichung der japanischen Verwaltung durchgeführt wurde. Sie führte zu einer Beschleunigung all der amtlichen und privaten Maßnahmen, die auf Ausnutzung der durch den Wegfall des Wettbewerbs von Wladiwostok sich ergebenden günstigen Konjunktur abzielen.

Bis 1917 hatten sich in die Verwaltung der Südmandschurei japanischerseits der Generalgouverneur des Kwantung-Pachtgebietes, die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft und die japanischen Konsularbehörden geteilt. Die Konsuln, welche dem Auswärtigen Amte in Tokio unterstellt waren, übten die Konsular- und die Gemeindepolizei in den japanischen Niederlassungen aus, soweit sie außerhalb der Eisenbahnzone lagen. Innerhalb der Zone waren die Verwaltungsbestimmungen der Bahngesellschaft, ihre eigenen Polizei- und Militärwachen maßgebend. Andererseits waren die japanischen Postbüros direkt der Verwaltung von Kwantung unterstellt. Einen unmittelbaren Einfluß auf die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft hatte der Gouverneur von Kwantung nicht. Die Gesellschaft war nur der Eisenbahnverwaltung in Tokio verantwortlich. Gänzlich der privaten Initiative überlassen war die Ordnung des Geldwesens in der japanischen Einflußsphäre. Daß bei einer solchen Zerfahrenheit in der Verwaltung ein bestimmter Plan zur Entwicklung der Südmandschurei nicht durchdringen konnte, leuchtet ein. Ein Verdienst der Eisenbahngesellschaft ist es, trotzdem ihr Möglichstes getan zu haben. Die Grundlage der Neuordnung bildet denn auch eine Verschmelzung der Verwaltung des Pachtgebietes mit der Eisenbahngesellschaft und dieser mit den koreanischen Staatseisenbahnen. Eine Kolonialbehörde in Tokio besorgt jetzt in letzter Instanz die Verwaltung Koreas, des Kwantungpachtgebietes und der Eisenbahnzone. Der Generalgouverneur des Pachtgebietes ist für den Schutz der Bahnzone verantwortlich. Ein Offizier von der Armee hat den Oberbefehl über Japans Polizei und Gendarmerie in der ganzen Südmandschurei. Höhere Verwaltungsbeamte versehen den Konsulardienst in der Mandschurei und halten von Zeit zu Zeit gemeinsame Konferenzen ab, um nach allgemeinen Richtlinien bei der Verwaltung, d. h. Japanisierung des Landes vorzugehen. Seit der Verschmelzung der mandschurischen und koreanischen Eisenbahnen ist die sich aus einer einheitlichen Verwaltung ergebende Verbesserung unverkennbar. Das neue Abkommen mit der Changchun-Kirin-Bahn, die Fertigstellung der Eisenbahn von Szepingkai nach Chengchiatun, die bald nach Taonanfu verlängert werden wird, kam im abgelaufenen Jahre dem Frachtverkehr der Bahngesellschaft zustatten, umsomehr, als wegen der politischen Wirren und der Überfüllung der Stationen Güter von Wladiwostok her die Nordmandschurei nicht erreichen konnten. In Dalnij wurden die Dockanlagen vergrößert. Durch Ausdehnung des in Korea von der Bank von Korea gepflegten Vorschußsystems für Landverbesserungen auf die Mandschurei wurden sehr günstige Ergebnisse in der Ansiedlung von Japanern erzielt.

So ist für die Zukunft eine beschleunigte Erschließung des Landes zu erwarten. Im Wege steht derselben die dünne Besiedlung durch die chinesische Landbevölkerung in manchen Bezirken, wo deshalb noch nicht alles verfügbare Land in Anbau genommen werden konnte. Trotzdem wächst in normalen Jahren von Ernte zu Ernte der Ausfuhrüberschuß der Mandschurei an Bohnenprodukten und Weizen.

Eine Frage, die noch nicht befriedigend gelöst werden konnte, weil die örtlichen Tuchuns nicht die Hand zu einer Regelung in japanischem Sinne bieten, ist die der Wechselkurse, unter deren außergewöhnlichen Schwankungen besonders der Handel der Fremden leidet. Von den finanziellen Maßnahmen der chinesischen Banken im abgelaufenen Jahre verdient die im Februar erfolgte Ausgabe von neuen Schuldscheinen und Noten Erwähnung. Die Industriebank von Mukden und die Regierungsbank für die drei östlichen Provinzen gaben diese Geldzeichen aus, um sich der Verpflichtung zu entziehen, ihre eigenen Banknoten gegen Bargeld einzulösen. Die neuausgegebenen Schuldscheine sind nur einlösbar zum Zweck von Überweisungen nach dem Auslande, die neuen Banknoten sind zinstragend. Auf die im Mai erfolgte Bekanntgabe des chinesisch-japanischen Militärabkommens hin fiel der Rubelkurs und der Wert der chinesischen Silbernoten. Einige Banken in Mukden mußten deshalb ihre Zahlungen einstellen. Der Durchgangsverkehr für Güter von Korea nach der Mandschurei war wegen Überfüllung der Stationen zeitweilig aufgehoben. Mit dem weiteren Fortschreiten der Unruhen in Sibirien verschärfte sich die Lage der Nordmandschurei mehr und mehr zur wirtschaftlichen Krise. Die chinesische Bank für Förderung des Landbaues stellte ihre Geschäfte ein und China schloß aus Gründen der nationalen Verteidigung seine Zollgrenzen. Es entstand eine Anhäufung von überseeischen Gütern, die auf die Marktlage der Landeserzeugnisse und der Einfuhrwaren in gleicher Weise drückte. Immerhin blieb die Ausfuhr von Bohnen und Ölkuchen nach Japan lebhaft. Amerikanische Bestellungen auf Bohnenöl, die reichlich einliefen, konnten nicht voll befriedigt werden. Trotz der Krise im Verkehrswesen stieg die Ausfuhr von Bohnenöl nach den Vereinigten Staaten sehr stark. Dank dem hohen Preisstande des Getreides und einem hohen Silberkurs blieb im allgemeinen die Kaufkraft der Landbevölkerung hoch und demgemäß die Einfuhr von Baumwollgarnen und Geweben, sowie von anderen Artikeln aus Japan befriedigend.

Japanische Unternehmungen in der Mandschurei entwickelten sich zur Zufriedenheit. Insbesondere die Industrieanlagen der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft haben im Berichtsjahre weiter an Ausdehnung gewonnen. Die neuen Stahlwerke in Anshanchan in Verbindung mit dem Ausbau der Kohlengruben von Fushun und Penchihu, sowie die Gründung neuer Industrien verursachten einen lebhaften Aufschwung. Die Jahresleistung der Fushun-Kohlenbergwerke beträgt jetzt zwischen 2 und 3 Mill. t, die Zahl der Arbeiter beläuft sich auf 22 000. Unter den neugegründeten Industriebetrieben sind hervorzuheben eine Gesellschaft für die elektrochemische Industrie, welche Kalzium-Karbid und Ammonium-Sulphat erzeugen will, eine chemische Fabrik in Fushun, die unter anderem Schwefelsäure herstellt, und die von der Osaka-Zinkbergbaugesellschaft daselbst eingerichtete Zinkraffinerie. Diese Industrien suchen von der billigen elektrischen Kraft Vorteil zu ziehen, die mittels Mond-Gas-Aggregaten aus dem in unbeschränkten Mengen in Fushun verfügbaren Kohlenabfall gewonnen wird. Die Penchihu-Kohlenbergwerke an der Eisenbahn Antung-Mukden wurden 1905 von den Japanern übernommen, 1910 wurde eine chinesisch-japanische Gesellschaft dafür gebildet, deren Aktienkapital jetzt 8 Mill. Yen

beträgt. Die Herstellung von Eisen ist nunmehr Hauptgegenstand der Hüttenanlagen. Im Laufe des Jahres wurde ein neuer Hochofen aufgestellt, durch den die Jahreserzeugung der Werke an Roheisen von 50 000 auf 100 000 t gehoben werden soll. Bis zum Jahre 1924 glaubt man auch die Kohlenförderung, die jetzt noch kaum an 50 000 t heranreicht, auf 200 000 t heben zu können. So entsteht in dieser Gegend der Südmandschurei, die im Norden von den Anshanbergen abgeschlossen wird und im Süden an die fruchtbare Präfektur Liaoyang angrenzt, ein Industriezentrum, das reich ist an den wichtigen Rohstoffen Kohle, Eisen und Kalk, an Kraftquellen und an Verkehrsmitteln. Die größte Bedeutung kommt dabei den neuen Stahlwerken von Anshan zu, die südlich von Liaoyang bei der Station Lishan in der Eisenbahnzone gelegen sind. Es wird dort vorläufig mit einer jährlichen Erzeugung von 160 000 t Stahl gerechnet, die später auf das Vielfache gesteigert werden soll. Um die Werke wird augenblicklich eine Arbeiterstadt aufgebaut, die 5000 Chinesen und 2000 Japanern Unterkunft bietet. Die Erzvorkommen in nächster Nähe haben eine Ausdehnung von etwa 10 englischen Meilen. Sie werden von einer chinesisch-japanischen Gesellschaft abgebaut, der Anshanchan-Chenching Mining Company, die ihre ganze Erzeugung an die Stahlwerke zu liefern hat. Die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft besitzt die Hälfte ihres Aktienkapitals.

Auch Tsingtau soll im vierten Jahre seiner japanischen Verwaltung erhebliche Fortschritte gemacht haben. Wie Berichten im London und China Telegraph zu entnehmen, sollen die kolonisatorischen Erfahrungen der Japaner in Korea und Formosa dazu beigetragen haben, daß dort gewisse Fehler, die früher von ihnen gemacht wurden, vermieden werden konnten. Freilich wurde auch Tsingtau zunächst von einer japanischen Masseneinwanderung heimgesucht, in der unerwünschte Elemente überwogen, aber mit der Zeit hat es die japanische Verwaltung doch fertiggebracht, diesen Zustrom in Bahnen zu lenken, die japanischen und chinesischen Interessen besser entsprachen. Den Geschäftsleuten gegenüber wich allmählich die chinesischerseits gegen die japanische Zivilverwaltung offen an den Tag gelegte Abneigung und es kam eine größere Zahl chinesisch-japanischer Unternehmungen zustande. Die Japaner verfehlten auch nicht, das Erziehungswesen und die städtische Verwaltung auf der von den Deutschen gegebenen Grundlage zu ihrem Vorteil auszubauen und sich dadurch die Chinesen zu befreunden. Neue Straßen wurden angelegt, die Wasserleitungsanlagen und das Drainagesystem ausgedehnt, eine strikte Baupolizei ausgeübt. Die Wasserwerke wurden vergrößert, ebenso das Elektrizitätswerk. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß sich die Japaner nur schwer entschließen können, Tsingtau sofort mit Friedensschluß an China zurückzugeben. Sie hoffen, daß es ihnen noch auf längere Zeit pachtweise überlassen bleibt, und wären, nachdem sie selbst genügend geschäftlich gefestigt sind, wenn es nicht anders geschehen kann, auch mit seiner Öffnung für den Fremdenhandel einverstanden.

Die sibirische Unternehmung Japans hat sich, wie in den letzten Monaten immer deutlicher geworden (vgl. unseren Beitrag „Japan und die weltpolitische Lage" im W.-D. vom 1. November 1918), wirklich so gestaltet, wie das einige gegenüber der Entente mißtrauische Japaner schon im Frühjahr 1918 vorausgesagt haben. Damals hat u. a. Dr. Masao Kambe in einem Aufsatze des Shin Nippon noch zu einer Zeit, als japanische Staatsleute mit Ungeduld die Zustimmung Wilsons zur Intervention erwarteten, geschrieben: „Wenn wir uns ernstlich darum bemühen, wird schließlich eine Übereinstimmung über das Eingreifen unter den Alliierten herbeizuführen sein, aber sie werden uns niemals eine unserem Aufwande entsprechende Entschädigung bieten wollen. Sind wir erst einmal in den Kampf verwickelt, so werden wir immer tiefer hineingezogen werden und unsere Hilfsmittel in Anspruch nehmen müssen, ohne in der Lage zu sein, die Alliierten zur Erfüllung von Vereinbarungen zu zwingen, wenn das Unternehmen vorbei ist. . . . . Was sollen wir auch von einer gemeinsamen Unternehmung erwarten, deren Zweck kein Schadensersatz und keine Annexion ist?" Nachdem dann Japan aus Gründen, die im W.-D. vom 1. 11. näher gewürdigt worden sind, schließlich an dem sibirischen Feldzug unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen als es erhofft, hatte teilnehmen müssen, erläuterte ein unter amerikanischem Einfluß stehender Japaner, Setsuo Uenoda, im „Japanese American Weekly" vom 21. September die Ziele der japanischen Politik in Sibirien wie folgt: Für Japan sei die Unternehmung in Sibirien in erster Linie ein Problem des Fernen Ostens, das nach den Erfordernissen seiner eigenen Kriegspolitik gelöst werden müsse. Sei es doch nicht ausgeschlossen, daß nach dem Kriege große Änderungen in der Konstellation der Mächte erfolgten, und es wäre für Japan nichts verhängnisvoller, als sich zu isolieren. Deshalb dürfe Rußland, das an sich ein natürlicherer Bundesgenosse für Japan sei als England, Japan nicht dauernd entfremdet werden. Der kleine Inselstaat Japan habe für seine nationale Existenz die Rohstoffe Rußlands ebenso nötig wie die Chinas. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer kühlen und berechnenden Haltung im Kriege. Wenn Japan mit den Vereinigten Staaten zum Zweck der Festigung des Friedens im Fernen Osten zu einem Einvernehmen hinsichtlich seines Eingreifens in Sibirien gelangt sei, so habe dabei mehr sein Bestreben, aus Furcht vor der ihm nach dem Kriege drohenden Isolierung den Alliierten gefällig zu sein, bestimmend mitgewirkt, als eine unmittelbare Gefahr für den Frieden im Fernen Osten.

Hieraus spricht ganz unverhohlen die große Verlegenheit, in die Japan trotz aller vermeindlichen Vorsicht mit der sibirischen Unternehmung geraten ist. Die Verhältnisse sind schließlich auch ihm, das mit seiner Art von Kriegführung am glücklichsten abzuschneiden schien, über den Kopf gewachsen. Solange ein solider Block der Mittelmächte alle Anstrengungen der Verbündeten auf sich zog und von der Einsetzung der japanischen Wehrmacht in Europa die Rettung der Sache der Verbündeten abzuhängen schien, waren die Japaner Gegenstand übertriebener Höflichkeiten und Versprechungen. Nachdem es nicht gelungen ist, ihre Mitwirkung in dem erhofften Maße zu erzielen, hat sich dank dem über alles Erwarten gewaltigen Anwachsen der amerikanischen Wehrmacht das Blatt mehr und mehr auch zu Japans Ungunsten gewendet. Es blieb ihm schließlich nichts anderes zu tun übrig, als unter vorsichtigem Lavieren mit süß-saurer Miene die ihm von Wilson gestellte Aufgabe in Sibirien zu erfüllen, um dann das Unternehmen so bald als möglich zu liquidieren. Aber auch über irgendwie positive wirtschaftliche Erfolge der nach Sibirien entsandten Kommission, die sich im übrigen dort in ihre Aufgaben mit ebensolchen Kommissionen der Alliierten, insbesondere mit einer mit reichen Mitteln ausgestatteten amerikanischen Kommission zu teilen hat, verlautet bislang herzlich wenig. Aus allen japanischen Nachrichten über Sibirien spricht fortgesetzt das stärkste Mißtrauen gegenüber den wirtschaftlichen Zielen der Amerikaner in Russisch-Ostasien und der Mandschurei.

Über die Entwicklung der Verwaltung Koreas und Formosas wird an anderer Stelle noch zu berichten sein. Neuere Nachrichten von Belang über die von den Japanern besetzten

deutschen Südseeinseln nördlich des Äquator (siehe unseren Beitrag „Politisches und Wirtschaftliches aus der Südsee“ vom 5. April 1918) liegen nicht vor, es seien denn die von den japanischerseits immer wieder geltend gemachten Ansprüche auf die Inseln, die weniger wirtschaftlichen als strategischen Erwägungen entspringen, aber angesichts der Auffassung Wilsons, daß solche Gerüchte für Gebietserwerbungen nicht ausschlaggebend sein können, zur Zeit wenig Aussicht auf Verwirklichung haben.

Dr. A. Heber

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Ententedevisen haben sich auch in der verflossenen Berichtswoche weiter aufwärts bewegt. Mark und österreichische Kronen dagegen flauten weiter ab.

Kurs der Reichsmark

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	1. 2.	3. 2.	4. 2.	gegen Münzpari am 4. bzw. 3. 2.
Zürich	59,60	58 50	57,75	57,50	57,50	59,75	— 53,43
Amsterdam	29,32½	28,60	28,15	28,37½	28,37½	28,37½	— 52,13
Stockholm	43,25	43,—	41,75	43,25	41,75	41,25	— 53,59
Kopenhagen	46,40	46,—	45,—	42,50	45,10	44,50	— 50,—
Wien	192,30	193,25	—	—	195,95	—	+ 66,69

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	1. 2.	3. 2.	4. 2	gegen Münzpari am 4. 2. bzw. 31. 1.
Zürich	29,75	29,—	28,85	28,75	28,60	30,60	— 72,76
Amsterdam	14,75	14,45	14,20	14,25	14,25	14,25	— 71.73
Kopenhagen	24,—	24,—	23.50	—	—	—	— 68,68
Berlin	51,95—	51,70—	51,45—	—	—	—	— 54,93
	52,05	51,80	51.5	—			— 39,45

Kurs des Pfund Sterling

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	1. 2.	3. 2.	4. 2.	gegen Münzpari am 4. bzw. 3. 2.
Zürich	23,46	23,46	23,49	23,48	23,45	—	— 7,02
Amsterdam	11,55	11,15	11,56	11,56	11,56	11,56	— 4,54
Stockholm	16,90	16,—	16,95	16,95	16,95	16,95	— 6,66
Kopenhagen	18,30	18,30	18,28	18,28	18,27	18,28	+ 0,06

Kurs des französischen Franken

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	1. 2.	3. 2.	4. 2.	gegen Münzpari am 4 bzw. 3. 2.
Zürich	90,30	90,35	90,45	90,40	90,30	—	— 9,70
Amsterdam	44,45	44,40	44,30	44,45	44,45	44,45	— 7,98
Stockholm	65,50	65,65	65,55	65.50	—	65,—	— 9,89
Kopenhagen	70,75	70,75	70,70	70,75	70,65	70,65	— 1,88

Kurs des Dollar

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	1. 2.	3. 2.	4. 2	gegen Münzpari am 3. 2. bzw. 31. 1.
Zürich	493,—	493,—	493,—	493,—	492,—	—	— 0,01
Amsterdam	242,37	242,—	241,25	—	—	—	— 3,17
Stockholm	358,—	358,—	357,—	—	—	—	— 4,42
Kopenhagen	375,50	385,50	389,—	—	—	—	— 0,42

Geldverfassung und Währungspolitik

In Posen hat sich ein polnisches Schatzamt gebildet und verfügt, daß sämtliche Reichs-, Staats- und Gemeindekassen, die bisher ihr Geld zur Reichsbank abgeführt haben, dies in Zukunft beim Schatzamt des obersten polnischen Volksrates einzahlen sollen. Sämtliche Zahlungen, sowie die Ausfuhr von Wertpapieren und Edelmetallen über die von den polnischen Truppen besetzten Gebiete werden verboten, Geldüberweisungen an die besetzten Gebiete der Kontrolle des Schatzamtes unterstellt. („Frankf. Ztg.“ No. 70 v. 27. 1. 19.)

Daraufhin ist ein Verbot der Versendung von Zahlungsmitteln ins aufrührerische Gebiet der Provinz Posen ergangen. Danach dürfen Banknoten, Darlehenskassenscheine, deutsche Geldsorten, Notgeld nur mit Einwilligung des Reichsschatzamts bzw. der von ihm bezeichneten Stellen dorthin versendet oder überbracht werden. Für die Übersendung von höchstens 1000 ℳ innerhalb eines Tages bzw. nicht über 3000 ℳ in einem Monat bedarf es der Einwilligung nicht. In dem im „Reichsanzeiger“ genauer bezeichneten Sperrgebiet liegen außer Posen unter anderm folgende größere Orte: Gnesen, Ostrowo, Krotoschin und Wreschen.

Die Regierung ist einem umfangreichen Schmuggel mit Reichsbanknoten auf die Spur gekommen. Reichsbanknoten mit dem roten Stempel wurden von einer Berliner Zentrale über Emmerich ins Ausland geführt. Sie wurden mit 20 v. H. Aufgeld aufgekauft und zum Kurs 1250 frs für 1000 ℳ weiter verkauft. Bei einer abermaligen Veräußerung der Franken gegen Mark ergibt sich nach dem derzeitigen Markkurs ein Gewinn von ungefähr 800 ℳ pro 1000 Markschein. („Frankf. Ztg.“ No. 71 v. 27. 1. 19.) Die Holländer machten mit Rücksicht auf die Arbitrage mit Belgien einen Unterschied in der Bewertung der rotgestempelten und der grüngestempelten Marknoten. Der Preisunterschied hat zeitweise bis zu 3 fl betragen. („Frankf. Ztg.“ No. 78 v. 30. 1. 19.)

Eine Verfügung der französischen Regierung verbietet die Einfuhr russischer Banknoten und Zahlungsmittel nach Frankreich. („Frankf. Ztg.“ No. 76 v. 29. 1. 19.)

Der amerikanische Ausschuß zur Untersuchung der Frage des Goldpreises veröffentlicht einen Bericht, der sich in Übereinstimmung mit dem Gutachten des englischen Ausschusses gegen Erhöhung des Preises ausspricht. Er empfiehlt aber eine Begünstigung der Produzenten durch teilweise Steuerbefreiung sowie Freigabe des Handels und der Ausfuhr des gelben Metalls. („Frankf. Ztg.“ Nr. 69 v. 26. 1. 19.)

Staatsanleihen

Der tschechische Finanzminister hat angeordnet, daß die österreichisch-ungarische Bank im Bereich des tschechoslowakischen Staats keine Lombardierung von Kriegsanleihen vornehmen darf. Noch nicht durchgeführte Geschäfte sind nicht zu Ende zu führen, sondern die eingereichten Stücke sind dem Eigentümer zurückzugeben. („W. Z. d. Z. M.“ 27. 1.)

Die schweizerischen Bundesbahnen planen für Anfang Februar die Begebung einer 5 % Anleihe von einer Milliarde (!) fr („B. T. 24. 1.). — Die „F. Z.“ vom 25. 1. meldet hingegen, daß wegen Aufgabe einer 100 Mill. fr 5 % Anleihe verhandelt werde. Der Übernahmepreis der Banken solle 95½ %, der öffentliche Zeichnungskurs 97 % betragen.

Die Stadt Chur nimmt eine Anleihe von 5 Mill. fr auf, die zu 98 % begeben werden sollen. („F. Z.“ 23. 1.)

Die bewilligten Kredite in Frankreich seit Kriegsbeginn bis Ende März betragen 173 231 Mill. („F. Z.“ 25. 1.)

Frankreich verhandelt mit den Vereinigten Staaten betreffs Unterbringung einer Franken-Anleihe. („F. Z.“ 23. 1.)

Die Stadt Genua begibt zu 93,5 % eine 5 % 50 Mill. Lire-Anleihe, die binnen 40 Jahren ab 1921 rückzahlbar ist. („Ag. Ec. et Fin.“ 20. 1.

Spanien wird voraussichtlich Italien einen Handelskredit von 200 Mill. pts zu ähnlichen Bedingungen wie die des spanisch-französischen Abkommens einräumen. („W. N. D.“ 23. 1.)

Das englische Finanzministerium kündigt an, daß ab 1. 2. neue Serien von Kriegsbonds ausgegeben werden, namentlich 5 % steuerpflichtige mit 5 und 10jähriger Laufzeit versehene Bonds. Die 5jährigen sind zu 102 %, die 10jährigen zu 105 % ablösbar. Ferner sollen 4 % steuerfreie Bonds mit 10jähriger Laufzeit zu 101½ % zur Ausgabe kommen, die zu pari einlösbar sind. („Voss. Z.“ 23. 1.)

Reuter meldet, daß die letzte englische Anleihe 1600 Mill. £ ergeben habe. („H. N.“ 27. 1.)

Die amerikanischen Anleihen an die Verbündeten seit dem 1. 1. 19 betragen 170 Mill. $; im ganzen wurden 8 589 Mill. $ an die Alliirten geliehen, von denen jedoch nur 7 855 Mill. $ ausgezahlt wurden. („Voss. Z. 29. 1.)

Die gesamten Kriegskosten und Darlehen der Union gibt das Schatzamt auf etwa 18,16 Milliarden $ an; davon entfallen 10 Milliarden auf die Armee, 2 Milliarden auf die Marine 1 Milliarde auf die Ausführung des Schiffbauprogramms und 4 Milliarden (vgl. die vorige Notiz) auf Darlehen an die Verbündeten. Die Kriegsausgaben ausschließlich der Darlehen wurden zu ⅓ durch Steuern, zu ⅔ durch Anleihen gedeckt. („WND.“ 23. 1.)

Laut Mitteilung des amerikanischen Schatzamts sollen nach der ausgeschriebenen Freiheitsanleihe keine öffentlichen Anleihen mehr erfolgen. („F. Z.“ 23. 1.)

Auf die letzte französische Befreiungsanleihe wurden in Mexiko in vier Tagen 6,5 Mill. frs gezeichnet. („Comm. and Fin. Chron." 14. 12.)

Ein amerikanisches Syndikat unter Führung Morgans hat China eine 50 Mill. $-Anleihe bewilligt. („F. Z." 26. 1.)

Schiffahrt und Schiffbau

Belgien

Kriegsverluste der belgischen Flotte. „Het Handelsblad" gibt folgende Liste der von den belgischen Reedereien während des Krieges erlittenen Tonnageverlustes:

	Schiffe	Br.-Reg-T.
1. Lloyd Royal Belge (Antwerpsche Zuvaart-maatschappiy, Scheepvaart-Maatschappiy Gylsen und Soc. Anon. de Commerce et de Navigation)	16	41 915
2. Reederei Adolf Deppe	8	22 067
3. Co. Belge Maritime du Congo	1	7 017
4. Reederei Océan (Léon Dens & Co.)	4	7 493
5. Soc. Anon. d/Armement	2	4 667
6. Verschiedene Reedereien	8	15 385
Zusammen	39	98 544

Die belgische Handelsflotte bestand 1913 nach Lloyds Register aus 164 Dampfern mit 296 196 Br.-Reg.-T. und 8 Seglern. Gründung des Lloyd Royal Belge hat ihr einen Tonnagezuwachs an gekauften englischen Schiffen gebracht, der indessen die obigen Verluste nicht auszugleichen vermag, Der Belgische Lloyd beabsichtigt, sobald als möglich weitere 200 000 Br.-Reg.-T. anzukaufen. *A. K.*

Vereinigte Staaten

Wieviel kostet die amerikanische Notstandsflotte? Ein beachtenswertes Matarial zur Beantwortung dieser Frage liefert der im Dezember erschienene Jahresbericht des amerikanischen Schiffahrtsamtes. Nach seinen Angaben läßt sich für die bis 1. September 1918 in Auftrag gegebenen N. St Emergency Fleet, deren Bau die amerikanischen Werften noch auf lange hinaus beschäftigen wird, folgende Kostenberechnung aufstellen:

a) Stahlschiffe	tdw	Kohlen $	Durchschnittskosten p. tdw $	£
1296 Frachtdampfer	8 877 605	1 668 060 980	187,96	(27.11.10)
80 Tankdampfer	737 000	169 250 000	219,65	(45.18. 7)
94 Passagierdpf.	787 000	207 398 400	263,63	(52.14. 3)
2 Hospitaldpf.	20 000	7 012 200	350,61	(70. 2. 5)
4 Gefrierfleischd.	37 500	6 033 406	160,89	(32. 3. 7)
112 Schlepper	—	33 498 200	—	—
16 Leichter	54 800	5 904 102	107,74	(21.10. 1)
1604 Schiffe		2 097 757 289		

Von diesen 1604 Schiffen sind 390 fabricated ships mit 2 675 000 t dw bei den großen staatlichen Fabrikwerften in Hog Island, Newark und Bristol bestellt, ihre Kosten werden mit 494 890 000 $, also 185 $ (37 £) pro t dw, angegeben. Für die bei japanischen Werften bestellten Dampfer sind folgende Kosten vereinbart: für 15 zwischen Juni und Dezember 1918 lieferbare Dampfer 43—52 £ per t dw, für 30 Dampfer von 245 850 t dw, deren Ablieferung zwischen März und August 1919 ausbedungen ist, 35 £ per t dw.

b) Holzschiffe. Außer den Stahlschiffen enthält das Bauprogramm Bestellungen auf 1034 Holz- und Komposit (Stahl und Holz) Schiffe, deren Kosten sich auf 503 129 582 $ stellen. Darunter sind 181 von 707 500 t dw, die komplett, d. h. mit Maschinen usw., geliefert werden sollen; ihre Kosten betragen 110 186 882 $, also 155,74 $ (£ 31.3.3) per t dw.

Die auffällige Tatsache, daß sich die Durchschnittskosten eines Frachtdampfers auf ca. 188 $, die eines fabricated ship auf 185 $ per t stellen, während ein Gefrierfleischdampfer nicht mehr als 161 $ erfordert, ist vielleicht mit dem Hinweis zu erklären, daß sich die Bestellungen über einen mehr als einjährigen Zeitraum verteilen, innerhalb dessen sowohl die Baukosten wie der in den Kontrakten festgesetzte Modus der Preisfixierung Änderungen erfuhren. Die zuerst oft gewählte Form des Kontrakts „on fee basis", ist neuerdings immer mehr durch die des Kontrakts „on lump sum basis" ersetzt worden. Im ersteren Falle war die Werft verpflichtet, das Schiff gegen die Kosten, für die eine Höchstgrenze festgesetzt war, plus einem bestimmten Verdienst zu liefern; eine etwaige Differenz zwischen den festgesetzten Höchstkosten und den wirklichen Baukosten wurde zwischen Werft und Besteller geteilt. Dieser Modus hat sich als unzweckmäßig erwiesen, so daß jetzt außer bei Bestellung von neuen Schiffstypen oder bei Kontrakten mit den Staatswerften alle Aufträge auf der „lump sum basis", d. h. für einen bestimmten Baupreis abgeschlossen werden. Da die Werft durch weitere Vereinbarung mit der Fleet Corporation gegen den verteuernden Einfluß höherer Materialpreise und Arbeitslöhne geschützt ist, so findet sie bei diesem System ebenso sicher wie bei dem früheren ihren Verdienst.

Mit den oben angegebenen Beträgen ist aber die Kostenrechnung der U. St. Emergency Fleet noch nicht erschöpft. Man wird weiter in Betracht zu ziehen haben, daß die Fleet Corporation bis zum 1. Sept 1918 etwa 150 000 000 $ in Werftbetrieben angelegt hat. Die größten Aufwendungen forderten die Staatswerften in Hog Island (etwa 63 000 000 $ bis zur Fertigstellung) in Newark (17 000 000 $) in Bristol (11 000 000 $) und in Wilmington (etwa 3 000 000 $ bis zur Fertigstellung), ferner die Werft der New York Shipbuilding Corporation (16 825 000 $) endlich die Anlage von Fabrikwerken für Kesselbau (10 500 000 $).

Die Durchführung des bis 1. September 1918 vorliegenden Bauprogramms würde die Vereinigten Staaten im Besitz einer Flotte von 2693 neuen Schiffen mit 16 305 004 t dw, also mehr als 9 Mill. Br.-Reg.-T. setzen, deren Kosten — auch wenn das in Werften investierte Kapital unberücksichtigt bliebe — auf etwa 2600 Mill. $ veranschlagt werden müßte. „Fairplay", der sich in einer seiner letzten Nummern mit diesen Ziffern beschäftigt, ist der Ansicht, daß man in Vorkriegszeiten auf Grund der in England gültigen Baukosten eine fünfmal so große Flotte hätte bauen können, daß also die 9 Mill. Br.-Reg.-T. der U. St. Emergency Fleet jetzt ebensoviel kosten werden, als vor dem Kriege eine Flotte vom Umfange der gesamten Welttonnage gekostet hätte. Wolle die amerikanische Regierung ihre neue Flotte auf englische Vorkriegspreise abschreiben, so müsse sie vier Fünftel der Kosten, also mehr als 2000 Mill. $, auf das Kriegsausgabenkonto setzen. Wenn die englische Regierung jetzt Standardschiffe zu einem Preise, der 15 £ (75 $) per t dw geringer als die Baukosten des amerikanischen fabricated ships ist, zum Verkauf anbiete, so ergebe sich daraus, daß Amerika allein für seine fabricated ships (2 675 000 t dw) einen Verlust von 200 Mill. $ zu buchen haben würde.

Über die gewaltige Belastung des Staatssäckels durch die in zweifacher Bedeutung „teure" Flotte beginnt man sich drüben allmählich klar zu werden. Man drängt den Senat zurzeit, das Bauprogramm einer gründlichen Revision hinsichtlich der vereinbarten Baupreise zu unterziehen, da eine Flotte, die zu Kriegspreisen gebaut und zu Friedensfrachtsätzen arbeiten solle, Abschreibungen im Betrage von vielen Mill. $ nötig mache. *A. K.*

Amerikanischer Schiffbau 1918. Nach Mitteilung des Bureau of Navigation haben die amerikanischen Werften im vergangenen Jahre 1882 Schiffe von 2 271 281 Br.-Reg.-T. gebaut. Mit Ausnahme von 124 000 Br.-Reg.-T., die auf kleinere oder Binnenschiffe entfällt, ist die gesamte Tonnage für den Seeverkehr bestimmt. Das höchste monatliche Bauergebnis brachte der November, der 171 Schiffe von 357 668 Br.-Reg.-T. lieferte. *A. K.*

Hog Island — ein kostspieliger Mißgriff. Daß die staatliche Riesenwerft auf Hog Island (Pa.), die von einem Teil der amerikanischen Presse als eine technische Wunderleistung, dem Panamakanal vergleichbar, gepriesen wurde, sich mehr und mehr als ein verfehltes Unternehmen erweist, ist in Amerika seit längerem bekannt. Die zahlreichen Angriffe, die in der Öffentlichkeit gegen die mit dem Bau und der Verwaltung der Werft betraute American International Shipbuilding Corporation gerichtet wurden, haben vor etwa Jahresfrist bereits den Senat veranlaßt eine Kommission einzusetzen, die sich mit einer gründlichen Untersuchung der gerügten Mißstände auf der Werft zu befassen hatte. Die damaligen Feststellungen gaben Anlaß zu einer schärferen Kontrolle und zu durchgreifenden Veränderungen in dem Verwaltungskörper und der Arbeitsorganisation der Werft Der wenig günstige Eindruck, den die Öffentlichkeit aus diesen Verhandlungen gewann, wird jetzt verstärkt durch einen Bericht, den das mit der weiteren Untersuchung betraute Departement of Justice dem Präsidenten eingereicht hat. Der Bericht stellt fest, daß

die Ausgaben für den Bau der Werft jede Rücksicht auf Sparsamkeit und gesunde Finanzpolitik vermissen lassen. Das Ergebnis sei, daß die Aufwendungen für den Bau der Anlage, die ursprünglich auf 21 Mill. $ veranschlagt worden seien, jetzt bereits 61 Mill. $, also das Dreifache in Anspruch genommen haben. Als Beispiel für die Verschwendung der Verwaltung wird angeführt, daß die Kosten jeder der 50 Hellinge sich auf 1 100 000 Dollar stellen, während sie auf der von der Merchants Shipbuild Corp. geleiteten Staatswerft in Bristol 699 000 Dollar und auf der von der Submarine Boat Corp. verwalteten Staatswerft in Newark sogar nur 390 000 Dollar betragen. Der Bericht empfiehlt, daß von der Leitung der Werft die Zurückerstattung der unnötig und verschwenderisch ausgegebenen Beträge gefordert werden sollte. Er kommt zu der Überzeugung, daß es richtiger gewesen wäre, anstatt einer Riesenwerft mit 50 Hellingen mehrere Werften von geringerer Größe und in entsprechender Entfernung von einander anzulegen. Dadurch würde man die bereits zu wiederholten Malen hervorgetretenen Überlastungen und Hemmungen im Eisenbahnverkehr vermieden und bessere Resultate der Werftarbeit erzielt haben. Eine Entscheidung darüber, ob die Leitung der Werft in den Händen der American International Shipbuilding Corp. bleiben oder vom Schiffahrtsamt selbst übernommen wird, wird in Kürze von Mr. Charles A. Piez, dem Nachfolger des von der Leitung der Fleet Corporation kürzlich zurückgetretenen Mr. Schwab, getroffen werden. Jedenfalls ist die Geschichte der amerikanischen Riesenwerft ein lehrhaftes Kapitel für alle, die einer Verstaatlichung der Werftbetriebe das Wort reden. *A. K.*

Japan

Japans künftiger Wettbewerb im Schiffbau wird im amerikanischen Schiffbaukreisen nicht als besonders beachtenswert eingeschäzt. Japan habe zwar in den Jahren 1916 und 1917 einen Export an fertigen Schiffen von 200 000 Br.-Reg.-T. gehabt, aber der Überschuß werde künftig wahrscheinlich durch das zunehmende Transportbedürfnis des während des Krieges stark ausgedehnten japanischen Außenhandels in Anspruch genommen werden. Die amerikanischen Werften hätten in dem am 1. April 1918 abgeschlossenen Rechnungsjahr 332 000 Br.-Reg.-T. zu Wasser gelassen, ihre monatliche Höchstleistung sei also damals auf 30 000 Br.-Reg.-T. zu veranschlagen gewesen. Seitdem seien als leistungsfähige Werftbetriebe die Asano und Mitsubishi Werke hinzugekommen, die eine monatliche Höchstproduktion von 8000 und 5000 t aufwiesen. Gegenwärtig dürfe man die Monatsleistung der 42 japanischen Werften mit ihren 137 Hellingen vielleicht besten Falles auf 50 000, die Jahresleistung also auf 600 000 Br.-Reg.-T. schätzen. Bei der Abhängigkeit des japanischen Schiffbaus von der amerikanischen Stahlindustrie und den jetzigen Vereinbarungen hinsichtlich der Stahllieferungen sei eine weitere Steigerung der Bauergebnisse nicht anzunehmen. Der Vorteil der billigen Arbeitskräfte, dessen sich die japanischen Werften erfreuen, würde durch die Schwierigkeit und hohen Kosten des Materialbezuges wieder aufgehoben. *A. K.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Kautschuk

Die Weltproduktion wird in einem Bericht der Kommission, die von der britisch-indischen Regierung zur Prüfung der Lage der Kautschukindustrie eingesetzt war, für 1917 mit 250 000 tons angenommen, davon 201 414 Plantagenkautschuk. Für 1918 wird die Erzeugung nicht höher eingeschätzt wegen der freiwilligen Einschränkung in den Ver. Malayenstaaten. Da mit einer starken Nachfrage gerechnet wird, nimmt die Kommission an, daß die Erzeugung den Verbrauch 1918 um 50 000 tons übertreffen wird.

Das vergangene Jahr war für die Kautschukpflanzer im fernen Osten überaus schwierig. Mangel an Frachtraum verursachte eine starke Anhäufung von Vorräten in Singapore und den anderen Plätzen des fernen Ostens und ließ die Preise unter die Herstellungskosten sinken. Besonders erschwert wurde die Lage durch die Einfuhrbeschränkungen der Ver. Staaten. Der Plan der Rubber Growers Ass., durch Produktionseinschränkung die Notlage zu lindern, erwies sich als nicht durchführbar, weil es an Einigkeit aller Interessenten fehlte. Diejenigen Gesellschaften, die sich daran beteiligt hatten, haben jetzt außer durch die niedrigen Preise auch noch Verluste durch geringere Ausbeute, während die Kosten annähernd die gleichen geblieben sind. In letzter Zeit hat sich die Lage im fernen Osten durch die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen der Ver. Staaten und vor allem auch durch Verringerung der Versicherungs- und Frachtraten gebessert. Man rechnet für das kommende Jahr mit ganz bedeutender Nachfrage. Die Preise, zu denen die Regierung kürzlich einen Teil der Ernten britischer Pflanzer kaufte, sind auf Grund der Friedensspreise mit einem Zuschlag für gesteigerte Kosten festgesetzt.

Die Notierungen von Singapore werden künftig regelmäßig in den „Financial News" veröffentlicht. Es ist das eine wichtige Neuerung, weil unter den heutigen Verhältnissen der Stand auf den Märkten des fernen Ostens für den Handel maßgebend ist, wenigstens solange, bis auf dem Frachtenmarkt wieder einigermaßen geregelte Zustände herrschen. Die Notierungen unter der Bezeichnung „Godown Singapore" dürfen nicht mit fob-Preisen verwechselt werden. Sie verstehen sich also ohne Lagergeld und die Kosten für das Anbordschaffen.

Die Erzeugung in Niederl.-Indien wird für 1918 auf 50 000 tons geschätzt gegen 40 000 in 1917 und 20 000 in 1916. Die Kautschukindustrie auf Java, die erst in den Kriegsjahren entstanden ist, hat sich bereits gut entwickelt. Die Nederlandsch-Indische Caoutchucfabriek hat große Regierungsaufträge erhalten und für 1918 schon eine Dividende ausgezahlt. Die Herstellung von Pneumatiks ist sehr ausgedehnt worden.

Ceylon beabsichtigt lt. „Inf." v. 20. 11. den Ausfuhrzoll von 7½ Rs auf 3 cts je lb heraezusetzen.

Der Zoll für die Ausfuhr aus Johore ist lt. „B. T. J." v. 19. 12. ab 1. 11. 18. aufgehoben worden; die Ausfuhrerlaubnis muß wie bisher eingeholt werden.

Brasiliens Absatz ist infolge der Schwierigkeiten des Seeverkehrs und der Einfuhrbeschränkungen verschiedener Länder im letzten Jahr sehr schlecht gewesen. Die Lage in den Staaten Amazonas und Para, mit ihrer ausschließlich auf Kautschuk eingestellten Produktion wird in einem Bericht der London and River Plate Bank als kritisch bezeichnet. Die Pflanzungen haben empfindliche Entwertung erfahren. Die Ernten im Staate Amazonas betrugen (tons):

1918 (geschätzt)	1917	1916
26 000	36 930	35 210

Die Vorräte haben sich stark angehäuft und die Preise sind sehr gedrückt.

Die Ankünfte in Manaos und Para betrugen in der Saison 1917/18 lt. „Inf." v. 24. 12. 30 426 t gegen 29 764 in 1916/17. Die Zufuhren der wichtigsten von den 129 Firmen in Para und Manaos betrugen (t):

	1917/18	1916/17
J.-G. Araujo	2746	2260
Suarez Filho et Co.	1883	1950
B. Lévy	1474	1219
C. R. dos Reis	1098	773
Nicolaus et Co.	1078	1160
Moreira Gomes et Co.	888	856
Madeira Mamoré	730	737

Der deutsche Anteil am brasilianischen Markt, der früher vorherrschend war, ist nunmehr dank der Schwarzen Listen und der sonstigen Maßnahmen der Alliierten fast völlig ausgesachaltet.

Die Vereinigten Staaten haben die Einfuhrbeschränkungen für Rohkautschuk wieder abgeschafft, jedoch die Bestimmung beibehalten, daß nur Sendungen, die unmittelbar aus dem Erzeugungsland kommen, zugelassen werden.

England hat lt. „Times" v. 5. 1. alle Verordnungen über den Verkehr mit Kautschuk aufgehoben.

In Deutschland wurde lt. „N. A. Z." v. 13. 1. ein Fachausschuß für die Kautschukindustrie gegründet. Der Zweck ist in erster Linie die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten, Prüfung des Materials aus den Beständen der Heeresverwaltung. Die Verordnungen über Bestandserhebung und Beschlagnahme von Kautschuk, Guttapercha und Asbest sind Anfang Dezember aufgehoben worden.

Häute, Felle, Leder

Einem New Yorker Marktbericht v. 29. 11. entnehmen wir: Die Höchstpreise für ausländische Häute sind

außer Kraft und ab 1. 1. 19 wird auch die Kriegsorganisation des Handels in Häuten, Fellen und Leder ihre Tätigkeit einstellen. Für die Einfuhr wurden sofort Erleichterungen gewährt, aber doch noch die Beschränkung beibehalten, daß in den Monaten Dezember, Januar und Februar insgesamt nicht mehr als 47 910 long tons eingeführt werden sollen und zwar (long tons):

Rindshäute	22 500	Büffel	1 350
Ziegenhäute ...	8 100	Andere Sorten und alle Arten Leder	465
Kalbshäute	7 875		
Schafshäute	1620		

Nicht einbegriffen sind Sendungen auf dem Landwege aus aus Mexiko und Kanada sowie Sendungen aus Europa.

Die Lage an den südamerikanischen Märkten hat sich, einem Bericht der „Fr. Ztg." v. 23. 1. zufolge, ganz wesentlich verändert. Die Stimmung ist fest geworden, die Vorräte sind zum großen Teil geräumt, da Verschiffungsgelegenheiten vorhanden waren und die Preise haben erheblich angezogen. Käufer waren hauptsächlich die Entente, Nordamerika, aber auch die einheimischen Gerber. Vernachlässigt sind eigentlich nur noch die älteren, minderwertig gewordenen Partien.

Holland verhandelt lt. „Alg. Handelsblad" v. 9. 1. mit den Alliierten wegen Lieferung von Gerbstoffen und ausländischen Häuten, wofür die Ausfuhr von 400 000 Kalbfellen und einem Posten anderer Häute aus Holland freigegeben werden soll.

In Deutschland ist lt. „Voss. Ztg." v. 23. 1. einstweilen nicht mit einer Aufhebung der Bewirtschaftung des Leders zu rechnen, mindestens so lange nicht, wie die vorhandenen Bestände nicht ausreichen, um auch ohne eine geregelte Verteilung die Befriedigung des Bedarfs aller lederverbrauchenden Kreise sicherzustellen. Das Reichswirtschaftsamt hofft, durch eine Neuregelung der Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Lederwirtschaft diejenige Form der Bewirtschaftung zu finden, die auf der einen Seite den Wünschen nach möglichster Bewegungsfreiheit und auf der anderen Seite dem Ziele einer gerechten und schnellen Versorgung Aller Rechnung trägt.

Gerbstoffe

Südafrikas Erzeugung von Akazienrinde wird neuerdings in steigendem Maße von der einheimischen Gerbindustrie in Anspruch genommen. In den letzten 10 Jahren betrug die Ausfuhr über Durban, dem Hauptausfuhrplatz lt. „B. T. J."

	tons	Wert im Verschiffungshafen einschließlich Verpackung in £
1908	24 849	134 562
1909	35 771	194 699
1910	41 344	219 433
1911	49 644	289 557
1912	52 772	283 010
1913	65 052	309 329
1914	58 133	286 399
1915	40 027	195 244
1916	50 866	254 864
1917	41 318	223 982

Die Verarbeitung der Rinden auf Extrakts hat in den letzten Jahren ebenfalls gute Fortschritte gemacht. Die Fabrik in Pietermaritzburg konnte Ende 1917 bereits 200 t monatlich herstellen. Eine zweite Fabrik, die Natal Wattle Products Ltd. in Durban, hat vor einem Jahr den Betrieb begonnen. Die Verschiffungen von Wattleextrakt betrugen lt. „B. T. J.":

	tons	i. W. v. £
Aug. 1916 (erste Sendung) bis 31. 12. 16	439	14 930
9 Monate 1917	773	30 630

In Indien hat die Regierung lt. „B. T. J." den Betrag von 10 000 Rs für Gerbversuche und Versuche mit Farbstoffen bewilligt; außerdem wurde der Rammagar Cutch-Fabrik zur Erhöhung ihrer Erzeugung eine Anleihe von 30 000 Rs gewährt.

Argentiniens Ausfuhr von Quebracho betrug in t:

	Extrakt	Holz
1917	90 777	133 177
1916	97 574	161 734
1915	100 213	291 942
1914	80 153	209 679
1913	79 684	383 964

Die Vereinigten Staaten haben lt. „Com. and Fin. Chr." vom 14. 12. das Einfuhrverbot für Gerbstoffe, Gerbextrakt und Quebrachoholz, das am 30. 6. 18 in Kraft getreten war, wieder aufgehoben, aber die Einfuhrerlaubnis beibehalten. In der Zeit vom 30. 11. 18 bis 30. 6. 19 soll die Einfuhr 12 000 t Gerbstoffe und 6 000 t Quebracho vom La Plata monatlich nicht überschreiten.

In Deutschland ist die Verordnung betr. Beschlagnahme, Veräußerung, Verwendung und Meldepflicht von pflanzlichen Gerbstoffauszügen und künstlichen Gerbmitteln vom 19. 10. 17 seit Ende November v. J. außer Kraft.

Die Zentrale für die ungarische Lederindustrie lieferte 1917 Gerbstoffe im Werte von rund 18 Mill. Kr. davon für 8,5 Mill. an die einheimische Lederindustrie und für 9,4 Mill. nach Deutschland.

		nach Österreich	nach Deutschland
Insgesamt:	3203 Waggons Eichenlohe	700	1 900
	996 „ Fichtenlohe	700	200
	153 „ Knoppern.	67	90

Ferner gingen durch die Zentrale:

129,76 Mztr.	Fichtenholzextrakt
27,473 „	Kastanienholzextrakt
112,418 „	Eichenholz
107 Waggons	Valonea
15 „	Sumach
24 Mztr.	Quebrachoextrakt

Drogen und Chemikalien

Chinin. Die Ausfuhr von Java und Madura betrug nach dem „Ind. Merc." (kg):

Chinarinde	1916	1917	Jan./Mai 1918
Insgesamt	7 698 000	3 118 000	1 045 000
davon nach: Holland. ..	7 664 000	1 376 000	—
England ...	—	900 000	458 000
Ver Staaten	—	768 000	478 000
Singapore .	—	50 000	78 000
Japan	34 000	24 000	31 000
Chinin			
Ingesamt	114 573	131 518	70 266

Der Chininvertrag vom Juli v. J. hat sich lt. „Fr. Zg." v. 21. 1. als undurchführbar erwiesen, da England gegen die Verschiffung nach Holland Einwendungen erhob und mehrfach auch in England eintreffende Sendungen beschlagnahmt hat. Deshalb ist der Vertrag dahin geändert, daß die holländischen Fabriken (Bandong, Amsterdam, Marssen) für Verbrauch in Mutterland und Kolonien 15 000 kg schwefelsaures Chinin und 55 000 kg für den Absatz in den neutralen Ländern empfangen, während die Alliierten mit Ausschaltung des Amsterdamer Zwischenmarktes ab Java (Tandjong, Priok) 440 000 kg, entweder in Rinde oder Chinin, erhalten. Unitpreis ist 10½ cts Basis Amsterdamer Verkauf. Diese Herabsetzung ist erfolgt, weil Fortdauer der hohen Kriegspreise Ausbreitung des Anbaus in andern Ländern zum Schaden der Javapflanzer voraussehen ließ. Der neue Vertrag gilt bis zur Beendigung des Weltkrieges, nach dem Ermessen des Kinabureau, wann dieser Zeitpunkt als eingetreten zu betrachten ist. — Seit dem 23. 1. sind die Verkäufe von Java-Chinarinde in Amsterdam wieder aufgenommen.

Opium. Die diesjährige Ernte der Türkei wird nach einem deutschen Konsulatsbericht aus Konstantinopel von Ende Sept. v. J. vielleicht unter 1000 Kisten zu je rund 70 kg bleiben, gegen 2000 im vorigen und in Friedenszeiten durchschnittlich 6000 7000.

Als wesentlichster Grund für den Rückgang ist der Mangel an geschulten Arbeitskräften in Anatolien anzusehen. Die Ausfuhr ist sehr erschwert, daher ist der Gesamtvorrat im Lande immer noch verhältnismäßig groß. Er wird einschließlich der neuen Ernte auf 8—10 000 Kisten geschätzt. Der Handel mit Opium dient heute vor allem dem Bedürfnis nach sicherer Anlage für Bargeld und natürlich der Spekulation. Man erwartet nach dem Kriege starke Nachfrage seitens der Ententeländer und hohe Preise. Infolgedessen herrscht dauernd eine gewisse Spannung am Markt und der Verkauf von wenigen Kisten Opium kann die Stimmung schon erheblich beeinflussen. Der Preis ist trotzdem nicht in dem Maße gestiegen, wie der Sachlage und der allgemeinen Teurung entspräche. Drogistenware, die im Frieden etwa 100—300 Piaster die Oka (1,282 kg) gekostet hat, wurde im Sept. v. J. mit 700—725 Piastern bezahlt. Die hochprozentigen Softmarken sind fast völlig vom Markt verschwunden.

Die Verkäufe in Niederländisch-Indien zeigten nach dem Bericht der Opiumregie für 1917 („Ind. Merc." v. 8. 11.) keine wesentliche Veränderung. Die Zahl der Verkaufsstellen betrug insgesamt 1385 (Abnahme 2,6 %).

Die Vorräte in China, die bei dem Inkrafttreten des Einfuhrverbots noch vorhanden waren, sollen lt. „Times“ v. 26. 11. nach einer Entscheidung der chinesischen Regierung nicht an das geplante Syndikat verkauft, sondern verbrannt werden. Es handelt sich um 1200 Kisten. Die englische und auch die amerikanische Regierung hatten energische Schritte in diesem Sinne unternommen. Die Mengen, die jetzt noch alljährlich, besonders durch japanische Schmuggler nach China gelangen, beziffert der „Manchester Guard.“ v. 21. 12. auf mindestens 18 tons jährlich, ohne die 2000 Kisten indisches Opium, das die Japaner nach Tsingtau verhandeln. Während der Preis in Kobe 1200 Taëls beträgt, ist die Kiste Opium in Tsingtau nicht unter 4000 zu haben. Die Opiumkultur in China selbst nimmt dauernd zu. Die „Times“ v. 4. 1. behauptet, daß die Lokalbehörden den Anbau dulden, um die Ausfuhr von Silber für Opium zu verringern.

Indigo. Indiens Anbaufläche bleibt für 1918/19 mit 280 500 acres 59% unter der vorjährigen Schätzung von 690 600 acres. Der Ertrag bleibt mit 32 100 cwts ebenfalls um mehr als die Hälfte gegen das Vorjahr (87 800) zurück.

Schellack. Über die Marktlage, die durch das Aufhören des Bedarfs für Munitionszwecke völlig umgestaltet ist, lesen wir der „Times“ vom 10. 1.: Als der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, betrugen die Vorräte der britischen Regierung in England und Indien schätzungsweise 25 000 Kisten, also soviel wie sonst in einem ganzen Jahre nach England eingeführt wurde. Diese Mengen hat die Regierung sich zu sehr niedrigen Preisen dadurch gesichert, daß sie 20% der Ausfuhr von Kalkutta, dem Hauptmarkt, zu 90 s je cwt beschlagnahmte. Das hatte natürlich zur Folge, daß die Preise für Zivilbedarf entsprechend in die Höhe gingen. Nun ist der Markt durch die Ungewissheit, was mit den Regierungsvorräten geschehen soll, stark beunruhigt. Der Vorschlag, sie durch Auktionen zum Verkauf zu bringen, findet natürlich bei den Importeuren wenig Anklang. Daher haben diese gegen die Ankündigung der Firma Lewis & Peat, am 14. 1. 1940 Sack zum Verkauf zu bringen, Einspruch erhoben. Der mittlere cif-Preis, zu dem die Regierungsvorräte erworben wurden, ist 142 s das cwt in London, während der Loko-Preis vor dem Waffenstillstand 337 s 6 d war.

Kauriharz. Der Preis ist lt. „B. T. J.„ v. 28. 11. im Kriege von 1 £ je t in Neuseeland auf 40—50 £ in England gestiegen. Die Ausfuhr aus Neuseeland betrug 1916/17 4862 tons i. W. v. 300 000 £. Das Harz kommt jetzt nur gut gereinigt zur Verschiffung. Das daraus gewonnene Öl eignet sich nicht nur für Motore, sondern für die verschiedensten technischen Zwecke.

Gummi arabicum. Die Ernte im Sudan hatte 1917/18 lt. „Near East“ v. 22. 11. glänzende Erträge. Die starken Zufuhren nach der Küste im August sind darauf zurückzuführen, daß die Araber, die die guten Preise des Vorjahres noch in Erinnerung haben, wieder bis zum Schluß der Saison die Vorräte zurückhalten. Die Vorräte in Khartum, El Obeid und Nabud betrugen im Okt. v. J. etwa 27 000 Kantar aller Sorten Hashab-Gummi, außerdem sind etwa 5000 Kantar Talh-Gummi verfügbar (1 K. = 56.36 kg.) Der mittlere Preis in El Obeid war im Aug. 1918 1 413 £ für 1 Kantar. Die Verschiffungen über Port Sudan betrugen lt. „B. T. J.“ v. 28. 11. in der Zeit vom 1. 1. 18—31. 8 18 9,6 Mill. kg im Werte von 459 994 Mill. £ gegen 12,2 Mill. i. W. v. 522 730 £ in der gleichen Zeit 1917. Die Ausfuhr aus Ägypten betrug 1917 7,1 Mill. kg im Werte von 370 355 £, wovon 5,4 Mill. nach Frankreich und nur 0,9 Mill. nach England gingen.

Vermischtes

Turks und Caicos-Inseln. Dem jährlichen Handelsbericht der Turks und Caicos Inseln in Britisch Westindien (Bahama) entnimmt das „B. o. Tr. J.“ v. 14. 11. 1918 folgende Zahlen:

	1916	1917
Einfuhr	29 009 £	34 930 £
Ausfuhr	27 807 „	42 085 „
Gesamthandel	56 816 „	77 015 „

Hieran waren beteiligt (1917):	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt
England	1 664	—	1 664
Engl. Kolonien	4 090	13 021	17 111
Andere Länder	29 176	29 064	58 240
Zusammen	34 930	42 085	77 015

Die Hebung des Außenhandels in 1917 ist großenteils der vermehrten Salzausfuhr zu gesteigerten Preisen zu danken, wie aus folgender Aufstellung ersichtlich:

	1916	1917
Salz	20 103 £	31 738 £
Sisal	3 281 „	5 9 0 „
Schwämme	1 912 „	872 „
Schneckenmuscheln	1 715 „	1 956 „

Von großer Bedeutung war, daß 1917 zum ersten Male seit 22 Jahren Neufundland wieder als Salzkäufer (für Fischereizwecke) auftrat. Neufundland kann die Hälfte der Gesamtausfuhr der Inseln aufnehmen. Infolge der Neugewinnung eines solchen Marktes stieg der Salzpreis auf eine seit Jahren unerreichte Höhe. Alle Vorräte waren am Ende des Jahres erschöpft. Auch mit brasilianischen Märkten knüpfte der britische Handelskommissar (Trade Commissioner) Beziehungen an. Da sich aber die gegenwärtigen Salzproduzenten für dieses Unternehmen nicht eignen, kann die Gelegenheit erst im nächsten Jahre ausgenutzt werden. Ein New Yorker Kapitalist will mit der Ausnutzung der Salzgruben auf West Caicos beginnen. Da die betreffenden Gruben sehr ergiebig sind — es sollen etwa 1 Mill. bush. jährlich gewonnen werden können —, so können die Staatsfinanzen auf eine beträchtliche Mehreinnahme durch Abgaben hoffen. *Gb.*

Petroleum in Madagaskar. Wie die „Gazette des valeurs coloniales“ vom 6. 12. 1918 berichtet, sind in Madagaskar wichtige Petroleumquellen entdeckt worden. Die Bohrungen sollen vielversprechend sein. Zum großen Entsetzen der Franzosen ist aber eine amerikanische Mission unterwegs, um die Lager zu untersuchen. Eine finanzkräftige amerikanische Gesellschaft soll gebildet sein, um alles in die Hand zu nehmen in rein amerikanischem Interesse. Nun werden die französischen Kapitalisten aufgerufen, damit die Naturschätze nicht Fremden zufallen. *—q—*

Englische Stimmungsmache in Vorder-Asien. Es ist schon immer ein Kriegsziel der Entente gewesen, die nunmehr „befreiten“ Gebiete Palästinas, Syriens, Mesopotamiens nicht wieder in die Türkenherrschaft gelangen zu lassen, sondern dort „selbstständige“ Staaten unter englischer oder französischer Oberhoheit zu bilden. Dagegen wollte man Anatolien den Türken überlassen. Nunmehr versucht die Entente aber auch Einfluß auf einen großen Teil Anatoliens zu bekommen und bedient sich zu diesem Zweck der armenischen Frage. Durch den Mund Boghos Nubar Paschas, dessen Vater sich schon um England verdient gemacht hat, und Lord Cromers und Lord Millners uneingeschränktes Lob sich verdient hat läßt England verkünden, daß Armenien nicht nur Anspruch darauf habe, einen selbständigen Staat zu bilden, sondern verlangt, daß diesem Staate Gebiete angegliedert werden, die sich nördlich von der alten türkisch-russischen Grenze am Schwarzen Meer in den russischen Kaukasus hinein über östlich von Ardahan und Alexandropol nach Erivan erstrecken und von dort wieder, unter Berührung der alten persisch-türkischen Grenze und unter Einverleibung der Gebiete Van und Bitlis, über Diarbekir bis nach einem Punkt südlich von Alexandrette am Mittelländischen Meer sich hinziehen. Die westliche Grenze geht von einem Punkte östlich Samsuns am Schwarzen Meer, welches man den Türken wegen der rückwärtigen Verbindungen mit Anatolien überlassen will, in einem nach Osten offenen Bogen wieder ans Mittelländische Meer bis westlich Mersina. Dadurch wird also die gesamte Adana-Ebene mitsamt der Stadt Adana selbst dem türkischen Einfluß entzogen und mit Hilfe der Armenier unter ententistischen Einfluß gestellt. Denn Nubar Pascha stellt fest, daß Armenien zu gering bevölkert wäre, um einstweilen die Verwaltung dieses Landes in die Hand nehmen und fördern zu können, und behauptet daher, daß der Wunsch bestände, die Verwaltung mindestens für einige Jahre unter die Schutzherrschaft eines Ententestaates zu stellen. D. h. England sorgt in geschickter Weise dafür, daß immer weitere Gebiete Vorder-Asiens unter seinen wirtschaftlichen Einfluß gelangen. *P. W.*

Verantwortlich: für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten Hauptschriftleiter Dr. Paul Heise; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.